



Koordinationsmodelle und Herausforderungen ehrenamtlicher Flüchtlingshilfe in den Kommunen

Qualitative Studie des Berliner Instituts
für empirische Integrations- und Migrationsforschung

Autoren

Ulrike Hamann
Serhat Karakayalı
Mira Wallis
Leif Jannis Höfler

Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM)
Humboldt-Universität zu Berlin
Unter den Linden 6
10099 Berlin
ulrike.hamann@sowi.hu-berlin.de
www.bim.hu-berlin.de
Humboldt-Universität zu Berlin
www.hu-berlin.de

Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM)
www.bim.hu-berlin.de

Koordinationsmodelle und Herausforderungen ehrenamtlicher Flüchtlingshilfe in den Kommunen

Qualitative Studie des Berliner Instituts
für empirische Integrations- und Migrationsforschung

Abbildungsverzeichnis:

Abb. 1: Übersicht über die Strukturdaten der untersuchten Kommunen	15
Abb. 2: Überblick der untersuchten Kommunen	16
Abb. 3: Antworten auf die Frage: Werben Sie für ehrenamtliche Mitarbeit?	44
Abb. 4: Aussagen in den Interviews zum Verlauf des Engagements	46

Inhalt

Vorwort: Engagement für Geflüchtete – Aufbruch zu einem neuen Miteinander?	6
Zusammenfassung und zentrale Aussagen	8
1 Einleitung: Vom spontanen Engagement zum gemeinsamen Handeln	12
1.1 Willkommenskultur – mehr als Integration	13
1.2 Forschungsdesign: Fokus auf qualitative Interviews	14
1.3 Flüchtlinge, Geflüchtete, Engagement oder Ehrenamt – eine Begriffsklärung	16
2 Typen der Kooperation und Koordination	17
2.1 Initiativen-Koordination: Freiwillig Engagierte im Vollzeitjob	18
2.2 Netzwerk-Koordination: Gemeinsame Entscheidung auf Augenhöhe?	18
2.3 Zentrale Koordination: Hauptamtliche Unterstützung als Brücke zwischen Engagierten und Verwaltung	19
3 Struktur, Aufgabenbereiche und Koordination	20
3.1 Entstehung und Struktur der Initiativen: Auf dem Weg zur Institution	20
3.2 Deutschkurse, Begleitung und Begegnung – Aufgabenbereiche der Ehrenamtlichen	23
3.3 Aufgaben, Vor- und Nachteile der Koordinationsformen	32
3.4 Einbindung neuer Freiwilliger: Selbst organisiert, begleitet, vermittelt	40
4 Finanzen, Qualifizierung und Supervision – Herausforderungen und Chancen	43
4.1 Herausforderungen an das Engagement	43
4.2 Herausforderungen an die Koordination des Engagements	50
5 Empfehlungen für die Koordination der Flüchtlingshilfe	54
Interviewpartner	57
Literatur	58
Impressum	61

Vorwort:

Engagement für Geflüchtete – Aufbruch zu einem neuen Miteinander?



Der anhaltende und umfassende Einsatz vieler Bürgerinnen und Bürger für geflüchtete Menschen zeigt es jeden Tag: Deutschland ist nicht nur ein Einwanderungsland, sondern auch ein Land der Solidarität und des freiwilligen Engagements. Dieses Engagement ist von unschätzbarem Wert. Es ermöglicht nicht nur, dass die vielen Aufgaben beim Ankommen der geflüchteten Menschen in unserer Gesellschaft bewältigt werden können. Es erzeugt auch eine Kultur des Willkommens, ermöglicht Begegnungen von Mensch zu Mensch und fördert so den gesellschaftlichen Zusammenhalt. So nennen einer Umfrage des Berliner Instituts für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration DESI zufolge knapp 90 Prozent der Verantwortlichen in Kommunen das freiwillige Engagement als wichtigste Ressource für die Bewältigung der aktuellen Herausforderungen in der Flüchtlingskrise.

Gleichzeitig bringt dieses Engagement neue Fragen mit sich: Wie schaffen wir es, die vielen Aktivitäten zu koordinieren, damit sie bedarfsgerecht sind und dort ankommen, wo sie am dringendsten gebraucht werden? Es geht dabei nicht nur um die Frage, wie die vielen spontanen Angebote von Sachspenden und Hilfeleistungen organisiert werden. Es geht auch um die grundsätzliche Frage, welche Aufgaben von der Verwaltung, den freien Trägern, den gemeinnützigen Organisationen, den Nachbarschafts-Initiativen und nicht zuletzt von Unternehmen übernommen werden können und sollten. Was kann von hauptamtlichen Kräften und was von freiwillig Engagierten geleistet werden? Wie sind Angebote miteinander abzustimmen und zu verzahnen? Welche Form der Unterstützung benötigen freiwillig Engagierte und ihre Initiativen von Seiten der Verwaltung? Und wie kommt man zu einer Ausgewogenheit zwischen Gestaltungsfreiheit und koordinierten, verlässlichen Absprachen?

Die vorliegende Studie des Berliner Instituts für Integrations- und Migrationsforschung ermöglicht einen Einblick, wie sich die Initiativen für Geflüchtete in den Städten und Gemeinden organisieren, wo Herausforderungen bestehen und welche Wege beschritten wurden, um die Arbeit der vielen Akteure vor Ort zu koordinieren. Deutlich wird dabei, dass nicht nur spontane Hilfe für geflüchtete Menschen entstanden ist, sondern auch neue Formen strukturierten und selbst organisierten Engagements. Viele Initiativen haben inzwischen klare Profile und leistungsfähige Organisationsstrukturen ausgebildet. Aus einer Engagementwelle des Jahres 2015 sind neue Institutionen entstanden – viele Kommunen haben Koordinationsstellen für die Arbeit für und mit geflüchteten Menschen eingerichtet.

Die Studie zeigt, welche Erfahrungen dabei gemacht wurden, welche Ausrichtungen gewählt wurden und welche Strukturen sich bewährt haben. Wir hoffen, dass die Ergebnisse für die Arbeit in zahlreichen Städten und Gemeinden nützlich sein werden und als Anregung für die Gestaltung der Situationen vor Ort dienen können. In den kommenden Monaten werden wir weiter an dieser Fragestellung arbeiten. Die Studie ist ein Auftakt dazu und wir hoffen auf Rückmeldungen aus der Praxis, auf weitere Diskussion und auf zahlreiche Anregungen.



Bettina Windau
Director
Programm Zukunft der Zivilgesellschaft



Alexander Koop
Senior Project Manager
Programm Zukunft der Zivilgesellschaft

Zusammenfassung und zentrale Aussagen

Die große Anzahl von Menschen, die in den letzten Jahren nach Deutschland geflüchtet sind, hat zu einem unvergleichlichen Ausmaß an bürgerschaftlichem Engagement geführt. Hierdurch sind auch neue Formen der Organisation und Koordination ehrenamtlicher Arbeit sowie zwischen Ehren- und Hauptamt entstanden. Die vorliegende Erhebung hatte das Anliegen zu untersuchen, welche Strukturen und Prozesse in den Kommunen entwickelt wurden und welche Empfehlungen sich daraus ableiten lassen. Die Erhebung wurde durch 25 qualitative Interviews sowie einen Workshop mit ehrenamtlichen und hauptamtlichen Koordinatorinnen und Koordinatoren¹ umgesetzt.

Die Initiativen – Vom Ad-hoc-Bündnis zur unverzichtbaren Institution

Die meisten ehrenamtlichen Initiativen sind zwischen 2011 und 2015 entstanden, einige existierten allerdings bereits seit den 1990er Jahren oder gingen aus anders ausgerichteten Netzwerken und Hilfsstrukturen (z. B. Fluthilfe) hervor.

- Viele Initiativen haben sich zunächst informell gegründet (Nachbarschaftskreise) und durchlaufen nun einen Prozess zunehmender Professionalisierung und Formalisierung.
- Die Struktur der Initiativen ist in der generellen Entscheidungsfindung überwiegend basisdemokratisch, stark ausdifferenziert und selbst organisiert. Es gibt dabei zumeist eine koordinierende Person oder ein Koordinationsgremium sowie ein hohes Maß an Selbstorganisation in Arbeitsgruppen. Das hohe Maß an Selbstorganisation wird nicht zuletzt durch den Einsatz neuer Medien ermöglicht. Diese Struktur scheint bei den freiwilligen Helferinnen allgemein akzeptiert und zugleich effizient zu sein. Dennoch haben die

Koordinatorinnen zumeist eine (ehrenamtliche) Vollzeitstelle.

- Die Aufgabenbereiche der Initiativen umfassen vor allem: Begleitung, Deutschunterricht, Beratung, Erstversorgung, Begegnungsangebote und Freizeitgestaltung. In gewissen Bereichen, in denen kontinuierliche, verbindliche und verantwortliche Arbeit durchgeführt wird (Koordination, Deutschunterricht, Beratung), kann es zu Überlastung kommen, wenn sich nicht gleichzeitig staatliche Strukturen verantwortlich zeigen.
- Teilweise übernehmen die Initiativen staatliche Aufgaben, zum anderen Teil werden staatliche Leistungen erst hierdurch nutzbar (insbesondere Lotsenfunktion, Verständigung, Aufklärung über bestehende Rechte). Die Initiativen sind anders ausgedrückt zum einen ein (nicht auf Dauer leistbarer) Ersatz, zum anderen aber auch nicht einfach Ergänzung staatlicher Maßnahmen, sondern hochgradig relevant, um den Geflüchteten ein soziales Ankommen zu ermöglichen.

¹ Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwendet diese Studie nicht durchgehend die männliche und weibliche Form. Da 70 % der Ehrenamtlichen weiblich sind, verwenden wir überwiegend die weibliche Form. Selbstverständlich sind immer beide Geschlechter gemeint.

- Teilweise haben die Initiativen Leistungen und Effekte ermöglicht, die mit hauptamtlichen Strukturen schwerer leistbar, aber für die Gesellschaft essenziell sind. Hierzu zählen beispielhaft:
 - Einbeziehung schwer erreichbarer Teilgruppen (z. B. Jugendliche)
 - Vermittlung sozialer Kontakte zum sozialräumlichen Umfeld
 - Aufklärung über Rechte gegenüber staatlichen Behörden und deren Handlungsspielräume
 - Verhinderung und Reduktion von Spannungen (in der Nachbarschaft, rechte Gesinnung etc.)
- In der Befragung ließ sich keine generelle Überforderung der Engagierten feststellen. Es besteht aber in mehreren Hinsichten Bedarf an Unterstützung (siehe Empfehlungen auf S. 10–11 und ab S. 54).



Koordination: Von Initiativen zum Netzwerk zur zentralen Koordinationsstelle

Übergreifend lassen sich drei Formen der Koordination unterscheiden:

- **Initiativen-Koordination:** Die Koordination aller Akteure erfolgt (zumeist ehrenamtlich) durch Mitglieder der Initiative.
- **Netzwerk-Koordination:** Die Koordination erfolgt durch Abstimmungen aller Akteure an Runden Tischen.
- **Zentrale Koordinationsstellen:** Die Koordination erfolgt durch eine zumeist hauptamtliche Stelle bei der Stadt, freien Trägern oder eigens für diesen Zweck gegründeten Einrichtungen.

Initiativen-Koordination beginnt durch zivilgesellschaftliches Engagement. Vor allem in kleinen Kommunen ist sie mitunter die einzige Form der Koordination. Sie ist angewiesen auf Personen mit Managementenerfahrung oder -geschick und Zeit. Hierdurch kann eine hohe Abhängigkeit von Einzelpersonen entstehen, die schnell an eine Grenze der Belastung kommen können. Jedoch ermöglicht die Initiativen-Koordination ein hohes Maß an Nähe zu Geflüchteten und Engagierten gleichermaßen, sodass sie bedarfsgerecht und unkompliziert agieren kann. Schwierigkeiten hat sie hingegen oftmals

bei der Verhandlung mit anderen Akteuren (Betreiber von Unterkünften, kommunale und/oder überregionale Behörden). Die Initiativen-Koordination kann in diesen Bereichen stark von anderen Formen profitieren, die sie unterstützen. Sie ist jedoch nicht durch andere ersetzbar, da erfolgreiche Initiativen aus der Selbstorganisation hervorgehen.

Netzwerk-Koordination in Form von Runden Tischen kann idealiter alle Bedarfe integrieren und so hochgradig legitimierte Entscheidungen herstellen. Allerdings scheint dies selten erreicht zu werden. Engagierte haben oft den Eindruck, dass ihre Anwesenheit bei Runden Tischen zwar erwünscht ist, die tatsächlichen Entscheidungen dann aber oftmals auf anderen Wegen getroffen werden. Darüber hinaus ist der Zeitaufwand hoch. Den Hauptnutzen der Netzwerk-Koordination sehen Akteure daher im Austausch über Erfahrungen und Bedarfslagen. Die Funktion des Austauschs der Akteure ist für die ehrenamtliche Flüchtlingshilfe von großer Bedeutung. Eine zentrale Koordinationsstelle kann diese Arbeit sinnvoll unterstützen, indem sie die zeitaufwändige Koordination der Runden Tische für das Netzwerk übernimmt.

In vielen Kommunen ist eine Entwicklung von einer Initiativen-Koordination über eine Netzwerkkoordination hin zu einer **zentralen Koordinationsstelle** festzustellen. Die wichtigsten Aufgaben einer zent-

ralen Koordinationsstelle sind: Ansprech-/Vermittlungsstelle intern/extern, Vernetzung und Kommunikation, Organisieren von Qualifikation und Supervision für Haupt- und Ehrenamtliche, Ermittlung von Bedarfen und Angeboten, Informationsbündelung, materielle Unterstützung, Organisation des Austauschs.

Zentrale Koordinationsstellen wurden zum Teil von den Kommunen eingerichtet, zum Teil von den Initiativen selbst geschaffen, finanziert und besetzt. Wichtig für das effektive Arbeiten einer zentralen Koordinationsstelle ist ihr direkter Zugang zu den kommunalen Strukturen bei gleichzeitig enger Anbindung an die Initiativen. Sie muss als Unterstützung für die Initiativen konzipiert, ausreichend ausgestattet und frei im Umgang mit ihren Mitteln sein. Sie koordiniert nicht das Engagement, sondern unterstützt es vielmehr.

Herausforderungen: Teilhabe Geflüchteter, Finanzierung, Information

- **Teilhabe Geflüchteter** stärken. Einbindung von Geflüchteten in die Koordination und Unterstützung der selbst organisierten Interessensvertretung. Ein Beispiel für umfangreiche Einbindung ist der Verein Akzeptanz e. V. in Gera.
- **Ausreichende Finanzierung der Koordination.** Zumeist verfügen die zentralen Koordinationsstellen nicht über volle Stellen. Da sie jedoch sowohl für die Kommunen als auch für die Initiativen wertvolle Aufgaben erfüllen, ist dies nicht ausreichend. Der Arbeitsumfang erfordert in der Regel eine bessere Stellenausstattung.
- **Finanzierung der Arbeit der Initiativen.** Ein Großteil der Finanzmittel wird für Verbrauchsmaterial (z. B. Lehrbücher) ausgegeben. Das Engagement und dessen Nachhaltigkeit ist daher abhängig von Spendenmitteln. Eine Form der Anerkennung der Arbeit wäre die unkomplizierte Erstattung dieser Kosten durch die Kommune.
- **Erreichen aller Zielgruppen.** Durch die unterschiedliche Altersstruktur zwischen Freiwilligen und Geflüchteten erreichen auch die Freiwilligen nicht immer sämtliche Gruppen von Geflüchteten (z. B. werden in Initiativen mit hohem Seniorenan-

teil jugendliche Flüchtlinge schlechter erreicht).

- **Informationsbündelung und -filterung.** Das Überangebot an Spenden und Angeboten führt mitunter zu hohem Verantwortungsdruck bei ehrenamtlichen Koordinatoren. Es besteht der Wunsch nach zentralen Foren und Anlaufstellen zur Übersicht (Beispiel Infopoint Berlin-Reinickendorf).
- **Qualifizierte Beratung.** Beratungen in Bezug auf Asylrecht, Sozialrecht, Wohnungsmarkt und Arbeitsmarkt sollten frühzeitig durch qualifizierte Beratungsangebote ermöglicht werden. Qualifikationsangebote für Ehrenamtliche sind kurzfristig notwendig, langfristig müssen genug hauptamtliche Stellen geschaffen werden.
- **Konflikte zwischen Verwaltung und Initiativen.** Die oft fehlende Bereitschaft, Handlungsspielräume zugunsten von Geflüchteten auszuschöpfen, bindet die Arbeit der Engagierten. Außerdem brauchen die Initiativen Ansprechpartner, um die Bedarfe der Geflüchteten in die Verwaltung vermitteln zu können.
- **Supervisionsbedarf.** Belastungen im Engagement entstehen durch hohes Verantwortungsgefühl angesichts der persönlichen Schicksale und der mangelnden staatlichen Angebote. Einzel- und Gruppensupervision kann nicht nur ehrenamtlich organisiert werden.
- **Fremdenfeindliche Stimmung.** Die Stimmung gegen Flüchtlinge richtet sich auch mitunter gegen das Engagement. Meist kann jedoch durch die Gründung einer Initiative für Geflüchtete die Stimmung in der Nachbarschaft positiv gewendet werden.

Empfehlungen: Initiativen nachhaltig unterstützen

- Zentrale Koordinationsstellen können die Arbeit ehrenamtlicher Stellen erheblich erleichtern, verbessern und dauerhaftes Engagement wahrscheinlich machen.
- Eine zentrale Koordinationsstelle arbeitet nur dann gut, wenn sie von allen Akteuren akzeptiert

- wird. Ihre Rolle ist als Unterstützung der Ehrenamtlichen zu verstehen, nicht als steuernde Instanz. Vom Verfahren her hat sich bewährt, die Initiativen bei Entscheidungen zur Koordinationsstelle (z. B. personelle Besetzung) einzubeziehen (Beispiel Stuttgart).
- Folgende Aufgaben der zentralen Koordinationsstelle erachten die Initiativen als besonders wichtig: Netzwerkarbeit, Informationsbündelung, Supervision, Anlaufstelle für Dritte, Verteilerstelle für einmalige Angebote.
 - Eine Netzwerkkoordination wird mit Entscheidungsbefugnissen versehen, um die Mitbestimmung der Initiativen sicherzustellen.
 - Die Initiativen definieren das Leitbild und die Grenzen ihres Engagements.
 - Die Verwaltungen benennen Ansprechpersonen für Initiativen.
 - An Runden Tischen (Netzwerk-Koordination) werden gemeinsame Regeln der Zusammenarbeit der Akteure definiert.
 - Es braucht Qualifikationsangebote und Standards für Beratungsangebote.
 - Qualifikationsangebote werden den Bedingungen des Ehrenamts angepasst (z. B. Tageszeit passend zum Beruf).
 - Die Selbstorganisation und Einbindung von Geflüchteten soll ermöglicht werden.
 - Das Engagement sollte auch als Baustein gegen die Agitation von Rechts begriffen werden und die Leistung der Initiativen für gesellschaftlichen Zusammenhalt sollte offiziell anerkannt und gewürdigt werden.



Einleitung:

1

Vom spontanen Engagement zum gemeinsamen Handeln



Insbesondere im letzten Jahr zeigten viele Menschen praktische Solidarität mit Geflüchteten, die sich zuvor meist noch nicht für Flüchtlinge engagiert hatten. Die Welle des Engagements steigt seit der Krise in Syrien an (Karakayali und Kleist 2015: 19, 21). Bundesweit haben sich verstärkt seit 2011 in der Zivilgesellschaft Strukturen herausgebildet, die für geflüchtete Menschen eine Kultur des Ankommens etablieren und praktische Orientierung im Alltag leisten. Jede zehnte Person in Deutschland engagiert sich für Geflüchtete (Ahrens 2015: 13). Man kann daher von einer neuen Dimension des bürgerschaftlichen Engagements sprechen (Speth und Becker 2016: 40). Die enorme organisatorische

Leistung der bisher unorganisierten Teile der Zivilgesellschaft braucht Koordination, um sie in nachhaltige Strukturen zu überführen. Diese Studie untersucht die verschiedenen Wege der Koordination, die in den Kommunen beschränkt werden. Sie berücksichtigt dabei die verschiedenen Ausgangslagen der alten und neuen Bundesländer, der großen und kleinen Kommunen, und bezieht auch die besondere Transit-Situation in Grenznähe mit ein.

Das relativ neue Phänomen „Willkommenskultur“ signalisiert einen gesellschaftlichen Perspektivwechsel, der, nach Jahrzehnten der einseitigen Integrationsaufforderung an Zuwanderer, die Per-

spektive auf die gesamte Gesellschaft und ihre Institutionen richtet, die sich für Migration öffnen und auch verändern (müssen) (Merx, Ruster und Szukitsch 2014: 9).

Willkommenskultur ist ein „allgemeines Konzept von großer Bedeutung für eine Einwanderungsgesellschaft“ (Heckmann 2012: 12), das eine Aufgabe und Orientierung für die Gesellschaft darstellt, um sich für neue Mitglieder zu öffnen. Sie findet nach Friedrich Heckmann auf vier Ebenen statt: auf der Ebene des Individuums, auf interpersonaler Ebene, auf der Ebene der Organisationen und Institutionen sowie auf gesamtgesellschaftlicher Ebene. Die zivilgesellschaftlichen Initiativen, die sich in den letzten drei Jahren und früher gebildet haben, um den vor Krieg und Elend geflohenen Menschen ein Ankommen in der deutschen Gesellschaft zu ermöglichen, leisten ihren Beitrag auf mehreren Ebenen.

Sie bemühen sich auf der individuellen Ebene um eine möglichst vorurteilsfreie Haltung gegenüber Geflüchteten und entwickeln auf der interpersonellen Ebene soziale Techniken, um Beziehungen „auf Augenhöhe“ schon sehr früh, bspw. im Prozess der Asylantragstellung aufzubauen. Sie agieren im Feld der Institutionen, z. B. durch Begleitung zu Behörden, und bilden hier einen wichtigen Monitor zum Stand der institutionellen „Willkommenskultur“. Und letztlich leisten diese Initiativen in ihrer Vielfalt und Verbreitung einen gesamtgesellschaftlichen Beitrag, indem sie in der Zivilgesellschaft das Selbstverständnis als Einwanderungsgesellschaft etablieren.

Spontan gegründete Bündnisse, Helferkreise und Netzwerke, die binnen kürzester Zeit ausgeprägte und ausdifferenzierte Strukturen entwickelt haben, ohne in Rechtsformen organisiert zu sein, haben zu einer Explosion des bürgerschaftlichen Engagements geführt. Dieser Bereich der nicht organisierten Zivilgesellschaft ist quantitativ schwer zu erfassen. Die aktuelle Zivilgesellschaftsforschung richtet ihren Fokus auf die zwei Drittel organisierter Zivilgesellschaft, deren fünf Merkmale im „UN Handbook on Nonprofit Institutions in the System of National Accounts“ folgendermaßen zusammengefasst werden: Organisationen, die institutionell vom Staat getrennt sind, nicht gewinnorientiert handeln, formal organisiert und institutionell unabhängig sind sowie als fünftes Merkmal keine Zwangsverbände darstellen (Spengler und Priemer 2011: 8 ff.). Der

Fokus der quantitativen Zivilgesellschaftsforschung erreicht aufgrund der methodischen Datenzugänge (statistische Daten der Registereinträge etc.)² nur den organisierten Teil. Diese qualitative Studie gibt Einblick auch in die Arbeit der teilweise informellen Initiativen.

Die freiwillig Engagierten reagierten auf ein staatliches Defizit im Umgang mit der zwischen 2011 und 2015 stark zunehmenden Einwanderung flüchtender Menschen in die Bundesrepublik Deutschland. Allein im ersten Halbjahr 2015 wurden 174.545 Asylanträge bearbeitet (Statistisches Bundesamt – Destatis und WZB 2016: 252). Insgesamt sind 2015 etwas mehr als eine Million Menschen nach Deutschland geflüchtet; sie kommen zu 44 Prozent aus Syrien, zu 21 Prozent aus Afghanistan und zu 20 Prozent aus dem Irak. Neben der traumatisierenden Erfahrung von Krieg und einer lebensgefährlichen Fluchtroute bringen sie auch die Hoffnung auf einen Neuanfang mit. Für dieses Ankommen in unserer Gesellschaft sind die freiwillig Engagierten eine enorme Hilfe. Sie haben neue Strukturen herausgebildet und sich in Netzwerken, Nachbarschafts- und Freundeskreisen organisiert.

1.1 Willkommenskultur – mehr als Integration

Viele Studien zum Thema Engagement beschreiben die Aufgaben, die zivilgesellschaftliche Initiativen und Organisationen übernehmen, als Integration. Dieser Begriff ist in der Migrationsforschung umstritten und wird als einseitig gerichtete Aufgabe an die Migranten kritisiert und teilweise abgelehnt (Hess, Binder und Moser 2009). Die Soziologin Annette Treibel hat den Begriff der Integration inzwischen erweitert, indem sie Integration als Aufgabe für alle beteiligten Seiten definiert (Treibel 2015). Auch die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Aydan Özoğuz versteht ihren Aufgabenbereich als integrative Politik für die 81 Millionen Menschen in Deutschland und nicht nur für die in den letzten Jahrzehnten Zugewanderten (zitiert nach Foroutan 2015: 211).

Szukitsch et al. haben demgegenüber einen Paradig-

² Krimmer und Priemer 2013: 9

menwechsel gefordert: weg von dem mit dem Integrationsbegriff verbundenen repressiven Duktus gegenüber Einwandern hin zu einer Willkommens- und Anerkennungskultur, in der Inklusion, Anerkennung, Partizipation und Antidiskriminierung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe gelten. Zudem weisen sie auf die Gefahr hin, dass eine Willkommenskultur ohne Anerkennungskultur die Bleibeperspektive unterschlägt und die langfristige Gleichstellung und Teilhabe von Migranten als Bürger dieser Gesellschaft nicht im Blick behält (Szukitsch et al. 2014: 11). Die Autoren warnen davor, dass der Begriff der Willkommenskultur eine Floskel bleibe, solange sie sich nicht in zwei maßgeblichen Feldern niederschlägt: einerseits in gesetzlichen Regelungen für Inklusion, und andererseits in den Einstellungen der Bevölkerung zu Migration und Flucht. In ersterem Bereich wird derzeit ein Integrationsgesetz diskutiert, das wiederum mit dem Motto „Fördern und Fordern“ bereits einen möglichen Unwillen seitens der Migranten unterstellt und hierfür von Migrationsforschern kritisiert wurde („Rückschritt in die 1980er Jahre“³).

Zum Wandel im Bereich der Einstellungen der Zivilgesellschaft tragen die Willkommensinitiativen derzeit in erheblichem Maße bei. Sie organisieren sich, um mit den Geflüchteten die Wege durch die Behörden zu beschreiten und bieten wertvolle **Lotsen-Dienste** an. Darüber hinaus nehmen sie auch eine Rolle ein, die in den nicht engagierten Teilen der Zivilgesellschaft für neue **soziale Kontakte und den sozialen Zusammenhalt** sorgt. Durch die Organisation von Nachbarschaftsfesten und Begegnungen erreichen die Initiativen vielerorts, dass das befürchtete „Kippen“ der Haltung gegenüber Geflüchteten ausbleibt.

Das freiwillige Engagement sorgt durch seine lokale Präsenz auch oftmals dafür, dass rechtsextreme Agitation gegen eine Unterkunft in der Bevölkerung nicht verfängt, sondern die Anwohner stattdessen in die Arbeit für Geflüchtete mit eingebunden werden. Somit sind die Willkommensinitiativen ein aktiver Baustein im **Zurückdrängen rechtsextremer Tendenzen**.

All diese Effekte der freiwilligen Flüchtlingshilfe sprechen dafür, dass der Koordination des Engagements eine wichtige Rolle zukommt, nicht so sehr in der Versorgung der Geflüchteten – diese Rolle übernehmen zunehmend hauptamtliche Stellen – sondern für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Öffnung der Kommunen für die neu Ankommenden.

1.2 Forschungsdesign: Fokus auf qualitative Interviews

Die Auswahl der Kommunen, in denen Interviews für diese Studie geführt wurden, basiert auf mehreren Vorgaben. Es wurde ein Querschnitt aus den verschiedenen Ausgangslagen und Rahmenbedingungen der Kommunen gebildet. Dabei wurden die Größe der Kommune, ihre geographische Lage (Ost/West, Bundesland, Grenznähe) sowie ihre Strukturdaten (Arbeitslosenquote, Einwohner mit Migrationshintergrund) berücksichtigt. Zudem wurden Forschungsergebnisse einer quantitativen Umfrage zum ehrenamtlichen Engagement in der Flüchtlingsarbeit (EFA 2)⁴ zugrunde gelegt, um Kommunen mit guter und schlechter Kooperationserfahrung zu ermitteln.

Nach einer bundesweiten Netzrecherche und Experteninterviews mit Landesflüchtlingsräten wurden etwa 100 Kommunen bzw. Initiativen und freie Träger angeschrieben. Die Rücklaufquote betrug etwa 25 Prozent. Die Ergebnisse gewannen wir aus qualitativen Interviews, die wir im Februar und März 2016 telefonisch geführt haben.

Da es sich um qualitative Interviews handelt, sind die Ergebnisse nicht repräsentativ. Die im Text getroffenen Aussagen sollen als *Hypothesen* verstanden werden, die aus den Interviews im Interpretationsprozess gewonnen wurden. Es sind keine quantitativ nachweisbaren Tatsachen, sondern in „hermeneutischen Kreisen“ und intersubjektiven Verfahren überprüfte Hypothesen mit Wahrscheinlichkeitscharakter (Heckmann 1992: 159).

3 Die Zeit Online 5.5.2016: www.zeit.de/politik/deutschland/2016-05/integrationsgesetz-offener-brief-kuenstler-protest (Download 30.5.2016).

4 Die am BIM durchgeführte Studie von Serhat Karakayali und Olaf Kleist wird 2016 veröffentlicht. Für die hier vorliegende Studie haben wir Antworten auf die Frage nach der Qualität der Kooperation mit der Kommune ausgewertet.

ABBILDUNG 1: Übersicht über die Strukturdaten der untersuchten Kommunen

Kommune	Einwohner-Zahl (2014) ⁵	Migrationshintergrund, -erfahrung (2011) Bund 19,5 % ⁶	Arbeitslosenquote (2015) Bund 6,8 % ⁷	Anzahl Engagierte (zum Zeitpunkt der Interviews)
Stuttgart	612.441	38,60 %	4,50 %	3.500
Dresden	536.308	7,30 %	7,40 %	5.000 regelmäßig; 5.000 gelegentlich
Hannover	523.642	30,60 %	7,40 %	250 Mitglieder im Unterstützerkreis Flüchtlinge Hannover e.V.; 800–900 im Newsletter
Nürnberg	501.072	36,40 %	5,60 %	2.200 im städtischen Newsletter für bürgerschaftliches Engagement
Berlin Pankow	384.367	11,90 %	7,80 %	800–900 in allen Unterstützerkreisen des Stadtteils
Münster	302.178	20,40 %	5,60 %	220 bei GGUA e.V.
Berlin Reinickendorf	254.000	23,00 %	12,40 %	750 im Netzwerk Willkommen in Reinickendorf
Potsdam	164.042	7,80 %	5,80 %	k. A.
Gera	94.492	5,40 %	10,20 %	90 bei Akzeptanz! e.V. Gera
Flensburg	84.694	16,00 %	9,10 %	k. A.
Passau	49.952	18,60 %	3,80 %	k. A.
Wismar	42.392	6,30 %	9,50 %	200 in der Kirchengemeinde
Dreieich	40.082	26,6 % (Stadt)	4,5 % (Kreis)	150–250 in der Kommune
Ettlingen	38.861	21,80 %	2,80 %	120 aktive Mitarbeiter im Arbeitskreis Asyl; 400 im Newsletter
Buchholz	38.201	10,60 %	3,90 %	150 aktive Mitarbeiter im Bündnis für Flüchtlinge; 370 im Newsletter
Stuttgart Heumaden	9.442	38,6 % (Stadt)	5,30 %	72 im Freundeskreis Heumaden
Worpswede	9.232	10,8 % (Kreis)	4,1 % (Kreis)	120 im Flüchtlingsunterstützerkreis Worpswede

5 Quelle: Statistisches Bundesamt 2015: *Alle politisch selbstständigen Gemeinden mit ausgewählten Merkmalen am 31.12.2014*; Für Berlin-Pankow und Berlin Reinickendorf: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2015: *Statistischer Bericht A I 5 – hj 2 / 14. Einwohnerinnen und Einwohner im Land Berlin am 31. Dezember 2014*; Für Stuttgart Heumaden: Statistisches Amt Landeshauptstadt Stuttgart 2015: *Datenkompass Stadtbezirke Stuttgart 2014/2015*.

6 Quelle: Statistisches Bundesamt 2013: *Bevölkerung nach Migrationsstatus regional – Ergebnisse des Mikrozensus 2011*.

7 Quelle: Daten der Agenturbezirke der Arbeitsagenturen Dezember 2015.



1.3 Flüchtlinge, Geflüchtete, Engagement oder Ehrenamt – eine Begriffsklärung

Im Feld der Zivilgesellschaftsforschung werden verschiedene Begriffe für *freiwilliges Engagement* verwendet, ohne dass einer dieser Begriffe sich als Konsens durchsetzen konnte. Der Begriff des „Ehrenamts“ wird zunehmend zugunsten des Begriffs des „bürgerschaftlichen Engagements“ aufgegeben. Das klassische „Ehrenamt“ in einem Verein oder anderen zivilge-

sellschaftlichen Organisationen trägt gleichwohl zwei veraltet erscheinende Begriffe in sich: den der Ehre und den des Amtes. Beides wirkt nicht mehr zeitgemäß, da die Arbeit weniger als Ausübung eines Amtes, denn als Engagement beschrieben werden kann und sich gleichzeitig Jüngere weniger auf diese Begriffe beziehen. Der Begriff des bürgerschaftlichen Engagements ist inzwischen in der sozialwissenschaftlichen Forschung relativ etabliert.

Auch die großen quantitativen Forschungen zur Zivilgesellschaft der letzten Jahre – der Freiwilligensurvey und der ZiviZ-Survey – legen sich nicht vollständig auf Begriffe fest. Der Deutsche Freiwilligensurvey definiert seine Zielgruppe folgendermaßen: „Als ‚freiwillig engagiert‘ wird gezählt, wer in der Befragung angibt, freiwillige oder ehrenamtliche Arbeiten oder Aufgaben außerhalb von Beruf und Familie auszuüben“ (Simonsen, Vogel und Tesch-Römer 2016: 15). Hier bleibt der Bezug auf den Begriff des Ehrenamtes bzw. der Freiwilligkeit.

Für diese Studie konnten wir uns unstrittig auf den Engagement-Begriff festlegen. Trotz der oben erwähnten Fragen an den Begriff des Ehrenamtes verwenden wir diesen, wenn wir die Arbeit von der des Hauptamtes abgrenzen wollen, da es im Feld der Unterstützung von Geflüchteten einen Unterschied macht, ob die engagierte Person weisungsgebunden handelt oder aus freiem Antrieb.

Ebenso sind die Begriffe, mit denen die Zielgruppe ehren- und hauptamtlicher Arbeit benannt werden soll, nicht eindeutig festgelegt. Die Definition über den asylrechtlichen Status als Asylbewerber oder anerkannter *Flüchtling* (nach der Genfer Flüchtlingskonvention) macht bereits zwei Kategorien auf, die in der Praxis des Engagements nicht so unterschieden werden.

Im Zuge der Proteste von Geflüchteten 2012⁸ wurde außerdem Kritik an dem Begriff des Flüchtlings laut, in der die Endung -ling als Abwertung kritisiert wurde. Der Begriff der *Geflüchteten* wurde eingeführt, um den aktiven Teil des Flüchtens in der Biographie der Menschen deutlich zu machen und die Personengruppe nicht auf die Flüchtlingsexistenz zu reduzieren. Wir verwenden in dieser Studie weiterhin beide Begriffe, einerseits, weil der Begriff des Flüchtlings in vielen offiziellen Bereichen verwendet wird, jedoch auch, um die Diskussion darüber weiterhin aufrechtzuerhalten.

8 Im Sommer 2012 organisierten sich Geflüchtete, um gegen die Residenzpflicht und andere Ungleichbehandlungen während des Asylverfahrens zu protestieren. Bundesweit wahrgenommen wurden u. a. ein Protestmarsch von Würzburg nach Berlin und ein selbst organisiertes Protestcamp auf einem öffentlichen Platz in Berlin-Kreuzberg (Oranienplatz).

2

Typen der Kooperation und Koordination

Eine Kategorisierung der einzelnen Koordinationstypen ist angesichts eines sich ständig verändernden Feldes schwierig. Es handelt sich um ein dynamisches Feld, in dem sich alle Akteure ständig an neue Bedarfe und Ausgangssituationen anpassen müssen (Knüvener und Kemnitzer 2016: 3).

Durch die Forschung konnten wir jedoch **drei verschiedene Formen der Koordination** identifizieren, die sich als wiederkehrende Typen in den verschiedenen Kommunen erkennen lassen. Sie weisen unterschiedliche Merkmale auf, die verschiedene Folgen für die Arbeit der Beteiligten haben, wie wir im Folgenden kurz erläutern. Bei den drei verschiedenen Typen der Koordination handelt es sich erstens um den Typ *Initiativen-Koordination*, zweitens um die *Netzwerk-Koordination* und drittens um die *zentrale Koordinationsform*.

Beim Typ der Initiativen-Koordination leistet eine Initiative die Koordination ehrenamtlicher Arbeit meist allein ohne Unterstützung durch städtische Stellen oder freie Träger. Sie ist typisch für kleine Kommunen oder für Kommunen mit bisher fehlenden Strukturen freiwilligen Engagements. In vielen Kommunen erfolgt die Koordination außerdem in Netzwerken mit mehreren koordinierend wirkenden Akteuren und im dritten Fall wurde inzwischen eine zentrale Anlaufstelle für die Koordination der Ehrenamtlichen geschaffen. Alle drei Formen können ineinander übergehen oder auch z. T. gleichzeitig existieren, da die Koordination auf unterschiedlichen Ebenen stattfindet. So greift eine städtische Koordinationsstelle oftmals auf die Koordinatorinnen der einzelnen Initiativen zurück, wenn sie Freiwillige vermitteln möchte. Die Einteilung ist auch deshalb keineswegs abschließend, weil die eine Form aus der anderen entstehen kann. So haben die Initiativen, Vereine und Träger-Organisationen bspw. in Stuttgart auf einem Netzwerktreffen beschlossen, mithilfe von Stiftungen eine zentrale Stelle

einzurichten und diese bei der Stadt anzusiedeln. Sie ist dabei weiterhin im Netzwerk aktiv.

Die verschiedenen Koordinationsformen sind abhängig von der Größe der Kommune. In kleinen Kommunen ist die Koordination durch die Initiative dann erfolgreich, wenn die städtischen Vertreterinnen und Vertreter Teil der Initiative sind und ihr Handeln dort auch kommunizieren. In großen Kommunen entfaltet eine zentrale Stelle dann eine hohe Wirksamkeit, wenn sie eine gute Kommunikation sowohl zu den Initiativen als auch in die Verwaltung pflegt und die Angebote den Bedarfen zuordnet. Je größer die Kommune und die Strukturen des Engagements, desto mehr Stellen werden für diese Aufgabe benötigt.

Eine Netzwerk-Koordination wird in fast allen Kommunen mit mehreren Akteuren (Betreiber, Verwaltung, Initiativen, Kommunalpolitik) benötigt. Von der gegenseitigen Anerkennung der Beteiligten und dem Respekt gegenüber dieser Form der Vernetzung hängt es weitestgehend ab, wie produktiv eine solche Struktur arbeiten kann.



2.1 Initiativen-Koordination: Freiwillig Engagierte im Vollzeitjob

Ein Teil der hier untersuchten Initiativen hat sich seit August/September 2015 gegründet, ein weiterer Teil bereits 2013 und ein kleiner Anteil besteht schon seit der Immigration zu Beginn der 1990er Jahre. Die Koordinatorinnen und Koordinatoren sind das öffentliche Gesicht der Initiative und bilden eine Schlüsselstelle, die den Überblick bewahrt, Kommunikation nach innen und nach außen organisiert und die Abläufe koordiniert. Die Aufgaben sind oft hochkomplex und vielfältig, sodass sie in größeren Initiativen ein Koordinationsteam übernimmt. Vom Zeitaufwand übersteigt die Arbeit oft das typische Ausmaß ehrenamtlichen Engagements von bis zu fünf Stunden pro Woche (Gensicke und Geiss 2009: 200). Die Koordination übernehmen daher meist Personen, die sowohl beruflich qualifiziert sind für eine solche Aufgabe, da sie im Berufsleben eine Leitungsfunktion inne haben oder hatten, als auch über ihre Zeit frei verfügen können, weil sie beispielsweise pensioniert sind.

Merkmal einer Kommune, in der eine selbst organisierte Initiative die Koordination der Engagierten übernimmt, ist, dass es keine weiteren Akteure gibt, die diese Funktion für die Kommune übernehmen. Meist sind es kleinere Kommunen bzw. Landkreise, aber auch Kommunen in Regionen, deren Ehrenamtsstruktur bisher nicht stark ausgeprägt war.



2.2 Netzwerk-Koordination: Gemeinsame Entscheidung auf Augenhöhe?

In den meisten Kommunen hat sich auf verschiedene Weise ein institutionalisiertes Netzwerk von Akteuren gebildet, das in regelmäßigen Abständen tagt und die anstehenden Aufgaben bespricht. Hier treffen diejenigen aufeinander, die Freiwillige in ihre Arbeit miteinbeziehen – freie Träger, Initiativen, Organisationen und Freiwilligenagenturen, zum Teil auch Akteure, die Aufgaben in der Versorgung, Koordination und Unterbringung übernehmen, wie Betreiber und Bundespolizei. In manchen Kommunen ist dieser Austausch wenig institutionalisiert, jedoch besteht beinahe überall Austausch zwischen Initiativen und Verwaltung.

Merkmal einer Kommune mit ausschließlicher Netzwerk-Koordination ist, dass es keine zentrale Stelle gibt, an die sich neue Freiwillige, Koordinatoren von Initiativen, Spendenwillige oder Trägereinrichtungen mit ihren Anliegen wenden können, sondern dass alle sich auf mehr oder weniger ‚gleicher Augenhöhe‘ miteinander vernetzen müssen. Neue Freiwillige oder Spendenwillige müssen sich in der Menge an Organisationen selbst einen Weg suchen.



2.3 Zentrale Koordination: Hauptamtliche Unterstützung als Brücke zwischen Engagierten und Verwaltung



Koordinationsstellen wurden meist in der Zeit von Sommer bis Herbst 2015 eingerichtet, indem die Gemeinden auf die Bedarfe der bereits bestehenden und der sich neu etablierenden ehrenamtlichen Strukturen reagierten. Viele Kommunen sind zum Zeitpunkt unserer Studie gerade dabei, solche Stellen zu etablieren, sodass noch nicht überall Erfahrungsberichte darüber vorlagen, inwieweit Koordinationsstellen für die Arbeit der Initiativen eine Verbesserung bedeuten oder ob überhaupt eine Koordination des freiwilligen Engagements eingefordert wird.⁹ Nicht in allen Kommunen muss eine solche Aufgabe an eine kommunale Behörde angebunden sein. Auch freie Träger wie die Caritas oder die Freiwilligenagenturen bekommen solche Aufgaben übertragen.

Die städtische Stelle ist in fast allen befragten Kommunen an das Sozialamt bzw. die Integrationsbeauftragten angebunden. In manchen Kommunen gibt es einen ganzen Koordinationsstab mit mehreren Hauptamtlichen, die für die Freiwilligen-Arbeit zuständig sind. In den meisten an der Studie beteiligten Kommunen ist es jedoch eine Person, die keine volle Stelle besitzt: auch dort, wo die Zahl der Geflüchte-

ten unverhältnismäßig hoch ist, z. B. in Grenznähe (Passau mit einer Stelle für 50 Prozent der Arbeitszeit) oder an Orten, wo eine große Anzahl ehrenamtlicher Freundeskreise vorhanden ist (Stuttgart 75 Prozent Stellenanteil).

Merkmal: Die Hauptaufgabe einer zentralen Koordinationsstelle ist die Vernetzung der im Feld aktiven Personen und Institutionen sowie Unterstützung der bereits vorhandenen ehrenamtlichen Strukturen. Erleichterung bringt eine solche Stelle für die ehrenamtlich arbeitenden Initiativen insbesondere, wenn sie Sachspenden und andere Angebote aus der Zivilgesellschaft koordiniert.

⁹ In einer anderen Studie wurde beispielsweise für Mannheim beobachtet, dass von der neu eingerichteten Stelle eher Beratung erwartet wird als weitere Koordination und Vernetzung (Speth und Becker 2016: 28).

3

Struktur, Aufgabenbereiche und Koordination

3.1 Entstehung und Struktur der Initiativen: Auf dem Weg zur Institution

Gründungsphasen: Zumeist von Engagierten selbst, zum Teil aber auch durch die Stadt initiiert

Das Thema bürgerschaftliches Engagement für Flüchtlinge erfährt in vielen Kommunen Interesse und Aufmerksamkeit. Wenn in einem Ort der Bedarf nach freiwilligem Engagement steigt, weil bspw. eine neue Unterkunft für Geflüchtete eingerichtet wird, werden von verschiedenen Seiten, von der

Stadt, von Trägern oder der Zivilgesellschaft **Informationsveranstaltungen** organisiert. Neben dem Informieren der Bürgerinnen und Anwohner werden die Treffen genutzt, um Strukturen aufzubauen. Dabei werden Namen und Kontaktdaten gesammelt, um aus den Interessierten einen Helferkreis zu bilden. Insbesondere bei negativen Stimmungen im Stadtteil oder bereits existierenden Aktivitäten gegen eine Unterkunft (siehe Punkt C. Herausforderungen) gibt es nach Angaben der betroffenen Interviewpartner ein erhöhtes Angebot neuer Freiwilliger.

Die **Gründungsversammlung** dieser Helfer- oder Nachbarschaftskreise wird teilweise selbstständig organisiert (Berlin-Pankow, Hannover), in einigen Fällen aber auch von städtischer Seite initiiert oder unterstützt (Nürnberg, Stuttgart, Potsdam).





„Wo neue Einrichtungen entstehen, helfen wir mit, dass eben die Helferkreise auf den Weg kommen. Das ist an manchen Stellen praktisch ein Selbstläufer, weil das jemand in die Hand nimmt. An anderen Stellen müssen wir mehr tun.“

(Interview mit Dr. Uli Glaser, Referat für Jugend, Familie und Soziales, Stabsstelle „Bürgerschaftliches Engagement und ‚Corporate Citizenship‘“, Nürnberg, 15.2.2016)

Die städtische oder hauptamtliche Koordinationsstelle schafft die Struktur, die Ansprechpartner vor Ort zu vernetzen und zu vermitteln. Gleich zu Beginn werden Arbeitsbereiche definiert und eine arbeitsteilige Struktur gebildet. Bei der **Raumfindung** für den neu entstandenen Helferkreis gibt es verschiedene Wege. Entweder die Stadtverwaltung stellt Räume zur Verfügung, es werden Räume selbst angemietet oder es wird bei anderen gemeinnützigen Vereinen, Institutionen oder auch Unternehmen um Unterstützung geworben. Die Frage der Raumfindung ist eng verknüpft mit der **Finanzierungsfindung**. Einige Initiativen finanzieren sich selbst organisiert über Spenden oder Fördermittel aus verschiedenen Fonds, Projektgeldern der Kommune, des Landes, des Bundes oder der Europäischen Union. Auch private Unternehmen (Stuttgart) oder Stiftungen (Hannover, Stuttgart) stellen zu diesem Zweck Gelder zur Verfügung.

Beispiel Stuttgarter Modell¹⁰:

Über 40 sogenannte Freundeskreise existieren in den 22 Stadtbezirken Stuttgarts. Sie sind Teil des „Stuttgarter Modells“, das auf enge Betreuung und dezentrale Unterbringung setzt. In den Freundeskreisen sind ca. 3.500 Menschen aktiv. Seit Mai 2015 gibt es eine zentrale Koordinationsstelle, finanziert von sechs Stuttgarter Stiftungen und der Stadt. Die Ansiedlung der „Kordinatorin für die Qualifikation und Vernetzung Bürgerschaftlich Engagierter in der Flüchtlingsarbeit Stuttgart“ beim Sozialamt wurde am Runden Tisch Flüchtlingsarbeit (Netzwerk-Koordination), an dem auch die Freundeskreise sitzen, beschlossen. Die Koordinatorin unterstützt die Gründung neuer Freundeskreise und leistet Überzeugungsarbeit gegenüber Schulen, Kirchen, Firmen etc., um in der unmittelbaren Umgebung geeignete Räumlichkeiten zu finden.

Arbeitsteilung: Selbst organisierte Arbeitsgruppen und zentrale Koordinationsgremien

Die vielfältigen Aufgaben in der Flüchtlingshilfe haben in den meisten Initiativen zu einer differenzierten Arbeitsteilung geführt, sodass unabhängig vom Standort bestimmte Strukturen parallel in den Initiativen entstanden sind. Es gibt fast überall eine Unterteilung in einen Vorstand oder ein **Koordinationssteam** (siehe Punkt B.3. Aufgaben, Vor- und Nachteile der Koordinationsformen) und einzelne **Arbeitsgruppen** zu spezifischen Themen, in denen die Freiwilligen nach Interesse, Fertigkeiten und Bedarfen arbeiten.

¹⁰ www.stuttgart.de/wir-fuer-fluechtlinge#headline5734a622834d5

Das Spektrum der Organisationsformen ist breit. Je nachdem, wie lange die Initiative oder das Netzwerk schon existieren, verändert sich oftmals auch die Struktur: Schon länger bestehende Initiativen sind in der Regel deutlicher strukturiert. Sie haben sich als eingetragener Verein formalisiert (GGUA e. V., Unterstützerkreis Flüchtlingsunterkünfte Hannover e. V., Flüchtlingshilfe Flensburg e. V., Freundeskreis für Flüchtlinge Gera e. V.) und haben oft eigene bezahlte Stellen geschaffen. Jüngere Initiativen, die bewusst nicht den Weg der Institutionalisierung gegangen sind, haben dennoch gemeinsame Werte definiert. Demgemäß hat der Arbeitskreis Asyl in Ettlingen (Baden-Württemberg) gemeinsame Leitlinien verfasst, die alle Engagierten gemeinsam beschlossen haben (Interview mit Patrick Jutz, Mitglied des Leitungsteams und Sprecher des AK Asyl Ettlingen, 26.2.2016).

Andere Initiativen befanden sich zum Zeitpunkt der Erhebung im Prozess der Vereinsgründung (Bündnis für Flüchtlinge Buchholz, Refugees Welcome Flensburg, Willkommen in Reinickendorf) oder haben sich direkt von Beginn an als Verein gegründet (Akzeptanz! e. V. Gera). Manche sehen in der Institutionalisierung als eingetragener Verein die Chance, strukturierter und geplanter arbeiten zu können, da sie Geldspenden annehmen und Anträge stellen können.

Das Spektrum der Organisationsformen reicht bis zu einer sehr offen verfassten, wenig formalisierten Netzwerkstruktur ohne Satzung oder Leitlinien (Netzwerk Willkommenskultur Wismar, Flüchtlingsunterstützerkreis Worpsswede). Das ist z. T. auf eine bewusste Entscheidung zurückzuführen, um die finanzielle, politische und strukturelle Unabhängigkeit der Initiative zu bewahren:

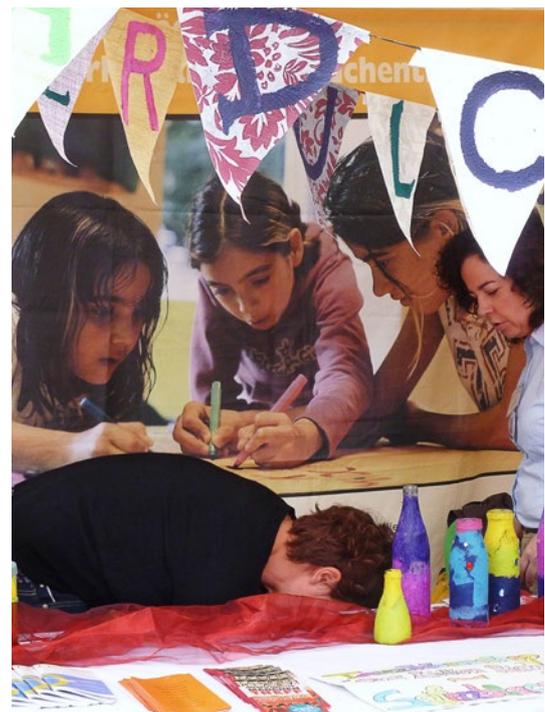
„Aber wir sind kein Verein, wir wollen auch gar keiner sein, und [...] das Schöne ist natürlich, dass wir niemandem verpflichtet sind. Wir können buchstäblich machen, was wir wollen. Es kann uns keiner sagen, was wir tun sollen. Wird auch keiner tun. Wir machen einfach, was notwendig ist. Und was wir denken, was notwendig ist.“

(Interview mit Ute Jung, Mitinitiatorin und Sprecherin der „Flüchtlingsinitiative Worpsswede“, Worpsswede, 12.2.2016)

Die kürzlich gegründeten Initiativen sind noch im Prozess der Organisation und Ausdifferenzierung ihrer Arbeitsteilung. Aufgrund des großen Zulaufs neuer Engagierter seit dem Sommer 2015 haben aber auch die schon seit Längerem bestehenden Initiativen neue Strukturen entwickelt und es wurden neue Arbeitsgruppen gebildet.

Die Arbeitsgruppen arbeiten weitgehend selbstständig und haben eine/n Gruppenleiter/in oder -Sprecher/in, der/die Ansprechperson für neue Engagierte ist, die Gruppenarbeit koordiniert oder als Bindeglied zum Koordinationsteam der Initiative, zum Netzwerk oder auch bei Arbeitskreisgesamttreffen die Anliegen der Arbeitsgruppe weitervermittelt.

Trotz der zunehmenden Vergrößerung und der Ausdifferenzierung in verschiedene Themen- und Aufgabengebiete, hat sich eine überwiegend **basisdemokratische Entscheidungsstruktur** etabliert. Diese zeichnet sich dadurch aus, dass grundsätzliche Entscheidungen nicht etwa von der Koordinationsgruppe oder von einzelnen Personen top-down, sondern auf einem Gesamttreffen von allen Engagierten gemeinsam verabschiedet werden (Bündnis für Flüchtlinge Buchholz, Arbeitskreis Asyl Ettlingen, Netzwerk Willkommenskultur Wismar, Freundeskreis für Flüchtlinge Gera e. V.).



„Wenn es um wichtige Entscheidungen geht, also auch z. B. welchen Namen nehmen wir jetzt, wie sieht unser Selbstverständnis aus, all diese ganzen Sachen, das versuchen wir schon sehr basisdemokratisch zu kommunizieren und umzusetzen.“

(Interview mit Heinrich Helms, Leiter des „Bündnis für Flüchtlinge Buchholz“ und Pressesprecher der Stadt Buchholz, Buchholz, 9.2.2016)

Der Umstand, dass eine Initiative eine Art Vorstand oder Leitungsgremium hat, ist also nicht gleichbedeutend mit einer tendenziell hierarchischen Struktur, sondern dient vor allem den praktischen Aspekten der Arbeitsteilung und einer effizienten Arbeitsweise. So setzt u. a. der „Unterstützerkreis Flüchtlingsunterkünfte Hannover e. V.“ die Selbstorganisation erfolgreich als Mittel ein, um sowohl Arbeit als auch Verantwortung auf viele Schultern zu verteilen.

In anderen Initiativen hat sich eine Arbeitsstruktur etabliert, bei der viele Entscheidungen im Vorstand getroffen werden und die Richtung der Arbeit stärker von diesem kleineren Kreis vorgegeben wird. So hat sich in den beiden Flensburger Initiativen „Refugees Welcome Flensburg“ und „Flüchtlingshilfe Flensburg“ jeweils ein kleines Organisationsteam mit einem festen Personenkreis herausgebildet, das sich besonders in der Situation seit Sommer 2015 sehr viel Wissen und einen Überblick über die Abläufe der Flüchtlingshilfe in der Grenzstadt erarbeitet hat. Darauf aufbauend steuert dieses Team die Arbeit der Engagierten stärker als in anderen Kommunen. Gleichwohl gibt es auch hier die Arbeitsteilung in eigenverantwortliche themenspezifische Arbeitsgruppen.

Fazit: Die Initiativen haben sich eine Struktur mit ausdifferenzierter Arbeitsteilung gegeben, die effektiv arbeitet, wenn es themenbezogene Arbeitsgruppen, ein Koordinationsteam und regelmäßige Gesamttreffen gibt, auf denen grundsätzliche Entscheidungen besprochen und getroffen werden. Die Arbeitsgruppen arbeiten gut, wenn sie eine gewisse Autonomie und Selbstverantwortung haben.

3.2 Deutschkurse, Begleitung und Begegnung – Aufgabenbereiche der Ehrenamtlichen

Die ehrenamtliche Unterstützungsarbeit für Geflüchtete trifft vielerorts auf bereits seit längerer Zeit bestehende Strukturen, die sowohl Beratung zu Asylrechtsfragen anbieten, als auch aktive Lotsen-Arbeit leisten. In der derzeitigen Konjunktur freiwilligen Engagements für Geflüchtete greifen viele Engagierte jedoch gar nicht auf die bestehenden Strukturen zurück, sondern werden spontan aktiv (Karakayali und Kleist 2015: 25). Auch die in den letzten drei Jahren neu gegründeten Initiativen entfalten ihr Engagement vor allem in der Alltagsbegleitung von Flüchtlingen (Aumüller et al. 2015). Die befragten Initiativen und Koordinationsstellen haben ein sehr breites Spektrum an Aufgabenbereichen genannt, in denen Freiwillige tätig werden. Die drei meistgenannten Aufgaben sind 1. Begleitung (zu Behörden und Ärzten), 2. Deutschunterricht und 3. Beratung (Asylrecht, Wohnungs- und Arbeitssuche). Nicht wenige befragte Initiativen setzen einen Schwerpunkt auch auf das Schaffen sozialer Begegnungsmöglichkeiten – sei es das Organisieren gemeinsamer Feste zwischen Alteingesessenen und Geflüchteten oder das Einrichten eines Ortes für kontinuierlichen Austausch („Begegnungscafé“). Ein weiterer Bereich des Engagements erstreckt sich auf Freizeitangebote – oftmals mit praktischem Nutzen. So wird häufig eine Fahrradwerkstatt eingerichtet mit der Betonung auf die Bedeutung von Mobilität oder es wird Kinderbetreuung angeboten.

Inwieweit die Angebote aufgrund von Bedarfen der Geflüchteten geschaffen werden oder auf der Konstellation von Fähigkeiten in der Initiative aufbauen, müsste empirisch genauer untersucht werden.

Erstversorgung: In Grenznähe die zentrale Aufgabe

Insbesondere in Grenznähe nehmen Ehrenamtliche auch Aufgaben der Erstversorgung wahr. So hat die

hohe Zahl von Geflüchteten im Herbst 2015 in den Transitzonen in Grenznähe dazu geführt, dass die Behörden selbst bei unstrittig staatlichen Aufgaben wie der Essensausgabe auf freiwillige Hilfe angewiesen waren. Die Extremsituationen, in denen Ehrenamtliche Aufgaben der Erstversorgung wie Essensausgabe und Kleiderausgabe erledigen, kommen auch in Großstädten in Notunterkünften und Erstaufnahmeeinrichtungen vor, sind allerdings nicht die Regel in den hier interviewten Kommunen.

Beispiel Passau

In Passau kamen teilweise bis zu 5.000 Menschen am Tag an; die zuständige Bundespolizei konnte nicht genug Beamte mobilisieren. Spontan gründete sich das Netzwerk „Passau verbindet“ aus freiwilligen Helferinnen und Helfern, das auf die Strukturen der Fluthilfe „Passau räumt auf“ zurückgreifen konnte. Da ihre Arbeit in den Bereich der Bundespolizei fiel, mussten die Helfer registriert werden. Insgesamt 1.500 Personen ließen sich registrieren. Der Helferkreis möchte eigentlich mit weiterführender Arbeit, wie Deutschkursen und Alltagshilfe beginnen, hat allerdings durch ihre Unabkömmlichkeit in der Akutversorgung keine Zeit für weitere Projekte (Interview mit Dorothea Will, Mitinitiatorin von „Passau verbindet“, Passau, 24.2.2016).

Alltagsunterstützung

Die Konzentration des Engagements der neuen und alten Willkommensinitiativen liegt auf der Unterstützungsarbeit für das Ankommen im bundesdeutschen Alltag. Dazu gehören der Spracherwerb, das Ringen um den Aufenthaltstitel und, nach dessen Erhalt, die Wege in Wohnung, Schule und Arbeit.

Deutschkurse – unabhängig von der Bleibeperspektive

Ein Kernbereich ist die Sprachvermittlung. In allen Interviews, unabhängig von der Größe der Kommune und der Initiative, wurde der Deutschunterricht als ein Kernbereich der Aufgaben der Ehrenamtlichen benannt. Sie verstehen ihre Aufgabe meist als „Vorhilfe für professionelle Kurse“ (Interview mit Ines Bauer, Freundeskreis für Flüchtlinge e. V., Gera, 1.2.2016). Auffallend viele pensionierte Lehrerinnen und Lehrer sind im Sprachunterricht aktiv (Gera, Worpsswede). Ein **Vorteil** dieses selbstinitiierten Sprachunterrichts liegt darin, dass er z. T. **aufsuchend** stattfindet, dass also Sprachpaten beispielsweise zu Geflüchteten nach Hause gehen und damit insbesondere Familien mit Kleinkindern erreichen (Bauer, Gera). Dieser selbst organisierte Unterricht **unterscheidet nicht** zwischen Asylbewerbern mit hoher oder niedriger Anerkennungschance, sondern bietet den Unterricht für alle an, wobei die Initiativen dafür hohe finanzielle Eigenmittel aufwenden.



Die staatlichen Angebote zum Spracherwerb waren in der jüngeren Geschichte der bundesdeutschen Einwanderungspolitik stets selektiv und nicht für alle gleichermaßen zugänglich (Schönwälder, Söhn und Michalowski 2005: 35). Seit 2005 gibt es auf der Grundlage des Zuwanderungsgesetzes Integrationskurse. Der Spracherwerb ist „Schlüssel zur Integration“ (Albert Schmid, Präsident des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge 2005, zitiert nach Schönwälder et al. 2005: 36). Zielgruppe sind allerdings nur Migranten mit langfristiger Aufenthaltsperspektive. Asylbewerber hatten daher lange Zeit keinen Zugang zu Integrationskursen. Im Oktober 2015 wurde mit dem Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz beschlossen, dass auch „Asylbewerber und Geduldete mit guter Bleibeperspektive“ an einem Integrationskurs teilnehmen können. Direkt nach Asylantragstellung dürfen nun Menschen aus bestimmten Herkunftsländern an den Kursen teilnehmen (vgl. dazu das FAQ-Papier des BAMF 2015).

Beispiel Hannover-Oberricklingen:

Der Unterstützerkreis Flüchtlinge Hannover e. V. hat als Problem erkannt, dass die Geflüchteten erst nach der Anerkennung als Asylbewerber Anspruch auf Deutschkurse haben. Nur für Menschen aus Syrien, dem Irak und Eritrea gilt wegen der hohen Anerkennungsquote, dass auch Asylbewerber bereits an diesen Kursen teilnehmen können. In den Nachbarschaftskreisen wird daher niedrigschwelliger Deutschunterricht organisiert, auch für Geflüchtete aus Ländern, die keine hohe Anerkennungsquote haben. Die freiwillig Engagierten geben diesen Unterricht in den Unterkünften. Der Verein zahlt für die Lehrbücher der Geflüchteten und übernimmt auch die Kursgebühren für diejenigen Flüchtlinge, die ihren Deutschkurs nicht durch Jobcenter oder Arbeitsamt finanziert bekommen. Der Unterstützerkreis als Vernetzungsstruktur der Nachbarschaftskreise hat ein Budget von 140.000 Euro im Jahr, wobei 90.000 allein für die Finanzierung der Deutschkurse aufgewendet werden.

Die Initiativen reagieren nicht nur auf diesen beschränkten Zugang zum Deutschunterricht für vermutlich nicht Asylberechtigte, sondern bieten den Spracherwerb auch für alle an, die sich bereits im Asylverfahren befinden. Allein in Dresden gibt es 150 ehrenamtlich angebotene Sprachkurse mit durchschnittlich fünf bis acht Teilnehmenden.

Viele andere Kommunen, wie z. B. Stuttgart, bieten Deutschunterricht ohnehin unabhängig vom Bleiberechtsstatus an. Dort wird das freiwillige Engagement für Spracherwerb trotzdem von der Kommune geschätzt, weil es den regulären Unterricht begleitet und in den Unterkünften stattfindet. Wieder andere Kommunen beklagen, dass zu wenige Integrationskurse angeboten werden und setzen auf intensive Begleitung. So organisieren Ehrenamtliche z. B. in Worpsswede für geflüchtete Personen, die Aussicht auf eine Arbeitsstelle haben, einen Intensiv-Sprachkurs.

Die Initiativen ersetzen nicht einfach die Integrationskurse, bemerken aber insbesondere in Landkreisen die Schwierigkeit, das entsprechende Angebot überhaupt zu gewährleisten. So gibt es beispielsweise in Worpsswede (Niedersachsen) nicht genug Lehrer für die Integrationskurse.



Daher organisieren sich Geflüchtete ihren Sprachunterricht auch selbst durch verschiedene Deutsch-Sprach-Apps, wie die ehrenamtliche Koordinatorin aus Worpsswede, Ute Jung, weiter berichtete.¹¹

Beratung – Unterstützung bei Fragen zu Asyl, Wohnungs- und Arbeitssuche

Die von ehrenamtlichen Initiativen übernommenen Beratungsaufgaben sind vielfältig. Dabei ist nicht immer die Sachkenntnis im Fachbereich die notwendige Qualifikation für die Hilfestellung, sondern es geht mitunter um eine bloße Ausfüllhilfe, die das Übersetzen der Formularsprache in eine für die Geflüchteten verständliche Sprache mit einschließt.

„Wenn wir können, füllen wir dann auch mal für die Leute Formulare aus, gerade dann, wenn der Asylantrag bewilligt wurde und die ein Bleiberecht haben. Dann fängt die Arbeit ja eigentlich erst richtig an mit Hartz-IV beantragen, eventuell für eine Wohnung etwas ausfüllen, eine Mieterauskunft und und und.“

(Interview mit Reiner Rademacher, Erster Vorsitzender des „Flüchtlingshilfe Flensburg e. V.“, Flensburg, 9.2.2016)

¹¹ Der Verweis auf den Nutzen von Social Media zum Spracherwerb könnte sich mit Beobachtungen aus Mannheim decken, wo in einem Interview die Aussage „Integration erfolgt durch das Smartphone“ auftauchte und festgestellt wird, dass es viele „Willkommens- und Sprach-Apps“ gebe (Speth und Becker 2016: 29). Das müsste empirisch weiter untersucht werden.

Asylfragen: Im Spannungsfeld zwischen Informationsbedarf und Haftung

Manche Initiativen haben in kürzester Zeit ein umfassendes Wissen über Asylrechtsverfahren akkumuliert, sind in die Beratung eingestiegen oder haben ehrenamtlich tätige Anwältinnen miteinbezogen. Folgendes Beispiel fasst die Bandbreite der Themenbereiche gut zusammen:

Beispiel Akzeptanz! e. V. Gera

„Beantragungen von Familienzusammenführung, Umverteilungen, sowie Länderumverteilung gehören z. B. zum täglichen Spektrum dazu. Oder die Krankenkassenkarte hat man nicht bekommen, wenn der Aufenthaltstitel vorliegt, Fiktionsbescheinigungen und Begleitung zum Jobcenter, all das leisten die Ehrenamtlichen von Akzeptanz! e. V. Die Wohnungssuche nimmt ebenso viel Zeit in Anspruch oder auch die Problematiken der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge, wenn z. B. die Vormundschaften nicht geklärt sind“ (Interview mit Claudia Poser-Ben Kahla, Vorstandsmitglied „Akzeptanz! e. V. Gera“, Gera, 3.2.2016).

In Transitstädten wie Flensburg vermitteln Ehrenamtliche auch Basisinformationen, die die Flüchtlinge für die Weiterreise benötigen. Oder sie versuchen, mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen

deren Eltern zu finden – eine nach eigenen Angaben sehr zeitaufwändige Aufgabe.

Es ist allerdings unter den Interviewpartnern umstritten, ob eine solche asylrechtliche Beratung tatsächlich von Ehrenamtlichen geleistet werden sollte. Organisationen, die schon länger in diesem Feld tätig sind, warnen davor, diese Arbeit von Laien bewältigen zu lassen.

Beispiel Münster, GGUA:

„Die GGUA Münster bietet Beratung zu aufenthaltsrechtlichen und sozialrechtlichen Fragen an. Beratung wird dabei ausschließlich von hauptamtlichen Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern durchgeführt, die eine lange Berufserfahrung haben und bei den komplexen Fragen auch gemeinsam überlegen können, welche rechtlichen Möglichkeiten es gibt. Durch die häufigen Änderungen im Asylrecht wie im Sozialrecht ist eine kontinuierliche Weiterbildung notwendig. Die Mitarbeiter der GGUA führen mit dem ‚Projekt Q – Qualifizierung‘¹² auch auf Bundes- und Landesebene Fachfortbildungen durch“ (Interview mit Hamida Steinhaus, Freiwilligenkoordinatorin „Gemeinnützige Initiative zur Unterstützung Asylsuchender e. V.“, Münster, 19.2.2016).

Im Bereich der Beratung sollten Qualitätsstandards für die notwendigen rechtlichen Kenntnisse geschaffen werden. Ersthilfe auch von nicht für das Asylrecht qualifizierten Ehrenamtlichen ist manchmal vonnöten, insbesondere in Erstaufnahmeeinrichtungen, in denen der Betreuungsschlüssel durch Sozialarbeit sehr schlecht ist. Ersthilfe kann bedeuten, dass Grundinformationen über die Abläufe des Verfahrens vermittelt werden und dann die Weiterleitung an Anwaltskanzleien und Beratungsstellen erfolgt.

Wohnungsmarkt: Engagierte schaffen Zugänge

Die Kenntnisse der Freiwilligen über den lokalen Wohnungsmarkt sind in vielen Fällen eine echte Hilfe. In Großstädten, die dezentrale Unterbringung zum Ziel haben und einen angespannten Wohnungsmarkt besitzen, unterstützen Freiwillige bei der Suche. In Kommunen mit dem Konzept der dezentralen Unterbringung¹³ und ohne den extre-



12 Das Projekt wird gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Paritätischen Wohlfahrtsverband – Bundesverband und den Europäischen Flüchtlingsfonds: www.einwanderer.net/willkommen

13 Zur unterschiedlichen Handhabung der Bundesländer siehe Wendel 2014.

men Wohnraummangel der Metropolen helfen Initiativen erfolgreich bei der Wohnungssuche und verhandeln mit dem Sozialamt bzw. Jobcenter über die Mietübernahme. Die Hilfe endet dann nicht mit dem Finden einer geeigneten Wohnung und deren Finanzierung, sondern die Netzwerke werden auch genutzt, um die benötigte Wohnungseinrichtung zu sammeln.

Die Engagierten in den Helferkreisen bekommen dadurch, wie in allen anderen Bereichen, einen Blick auf die Hindernisse, die Menschen ohne deutschen Hintergrund und mit Transferleistungsbezug überwinden müssen, um in der deutschen Gesellschaft anzukommen; sie suchen gemeinsam Wege, diese zu überwinden.

Beispiel Gera Akzeptanz! e. V.

Da sich einige Vermieter eindeutig diskriminierend verhielten und keine Wohnungen an Flüchtlinge vermieten wollten, hat der Verein mehrere Kooperationen mit Wohnungsgesellschaften etabliert, die hilfsbereit sein möchten. Die Initiative bekommt durch diese Zusammenarbeit neue Angebote und Besichtigungstermine direkt zugesandt. Die Wohnungen werden aufgrund der Vermittlung des Vereins reserviert und oftmals erlassen die Vermieter auch die Kautions-Ben Kahla, Gera).

Neben dem verbreiteten Rassismus auf dem Wohnungsmarkt können auch behördliche Blockaden den Zugang verhindern. Hier können die freiwillig Engagierten eine wichtige Rolle einnehmen, wenn sie um die bestehenden Rechte wissen und Handlungsspielräume der Behörden kennen, wie das folgende Beispiel aus Berlin zeigt.

Beispiel Berlin-Reinickendorf:

„Zu bestimmten Behörden muss man mit einer hohen Frustrationsschwelle hingehen und einfach auch Bescheid wissen, teilweise bis in gesetzliche Details hinein [...]. Beim Jobcenter entstand bei mir der Eindruck, die Sachbearbeiter haben teilweise auch Anweisungen zu sagen: ‚OK, wir haben unser Kontingent an Wohnun-



gen, die wir genehmigen können, schon übererfüllt und jetzt bügelt die Leute mal ab.' [...] Mir ist es in einem ganz konkreten Fall passiert, dass wir alle Unterlagen zusammenhatten, auch das Angebot vom Vermieter – wunderbar, es war alles perfekt. Und dann schaute die Dame vom Jobcenter auf ihre Liste und sagt: ‚Tja, es tut mir leid, ich kann Ihnen die Wohnung nicht genehmigen, die ist 50 Euro zu teuer.' Das war so eine Sache, wenn die Familie alleine dort gewesen wäre, wären sie einfach wieder weggeschickt worden und sie hätten nichts machen können, weil sie bestimmte Informationen nicht hatten. Ich wusste aber, dass eine Zehn-Prozent-Spanne ausgeschöpft werden kann und als ich dann nach einer Weile sagte: ‚Und was ist mit der Zehn-Prozent-Spanne? Können Sie die nicht ausschöpfen?' Da sagte die Sachbearbeiterin ganz dummfroh: ‚Ach, Sie wissen davon. Naja, dann müssen wir da anders vorgehen.' Hat es natürlich weiterhin versucht, das zu verhindern. Schließlich hat die Familie die Wohnung eben doch bekommen und es ist alles gut gelaufen. Aber es wäre eben nicht gut gelaufen, wenn vor Ort nicht ein Muttersprachler dabei gewesen wäre, der sich ein bisschen auskennt“ (Interview mit Hansjörg Behrendt, Koordinator des Netzwerks „W i R – Willkommen in Reinickendorf“, Berlin, 1.2.2016).

Bei aller anfangs notwendigen Unterstützung durch Initiativen sind Projekte sehr hilfreich, die auf Selbstständigkeit der Geflüchteten zielen und die notwendigen Informationen mehrsprachig zugänglich machen. So bietet die Berliner Stelle für die Vermittlung von Wohnungen an Geflüchtete, die das Evangelische Jugend- und Fürsorgewerk (EJF) betreibt, die Informationsflyer für die Wohnungsanmietung in zehn verschiedenen Sprachen an.¹⁴

Arbeitsmarkt: Von der Information über die Ausfüllhilfe zum Jobscout

Die Initiativen leisten für die Berufsperspektiven von Geflüchteten aufwändige Arbeit im Bereich der Informationsweitergabe, indem sie Geflüchteten ein grundsätzliches Verständnis dafür vermitteln, welche wesentliche Rolle Qualifikationen und Ausbildungen auf dem Arbeitsmarkt spielen und welche beruflichen Perspektiven Qualifikationen eröffnen.

Das Engagement der Ehrenamtlichen kann dazu führen, dass die Zertifizierung von im Ausland erzielten Abschlüssen schneller geht und so Zugänge zum Arbeitsmarkt geöffnet werden. Freiwillig Engagierte bilden oftmals eine Scharnierfunktion zu den Behörden und eine selbst organisierte Arbeitsvermittlung. Die Bundesagentur für Arbeit hat zwar einen Fragebogen in Deutsch, Englisch und Arabisch erstellt, der die Erfassung der Qualifikationen für Geflüchtete ermöglichen soll, jedoch übernehmen die Initiativen die Ausfüllhilfe.

Beispiel Hannover:

Der Unterstützerkreis Flüchtlingsunterkünfte Hannover e. V. hat eine Arbeitsgruppe zur beruflichen Integration von Flüchtlingen (BIF) gegründet.¹⁵ Mitglieder des Unterstützerkreises gehen mit einem eigenen Fragebogen bereits in die Unterkünfte und sammeln die Daten und Berufswünsche der Geflüchteten. Diese Daten pflegen sie in eine eigene Datenbank ein und beraten die Geflüchteten. Gleichzeitig helfen sie beim Ausfüllen des Fragebogens der Bundesagentur für Arbeit, damit die Menschen im System erfasst werden. Durch die Zusammenarbeit mit den Jobcentern, den entsprechenden Kammern und Innungen, mit Gewerkschaften, Berufsschulen und Studienberatungen vermitteln sie qualifizierte Geflüchtete in Praktika, Arbeit und Ausbildung. Darüber hinaus hat die Arbeitsgruppe mit einem Qualifizierungsprogramm für Paten begonnen. Diese werden dann den Auszubildenden oder Studierenden an die Seite gestellt, um Kommunikationsprobleme zu lösen und Hürden zu beseitigen (Interview mit Gerhard Spitta, Vorstandsmitglied „Unterstützerkreis Flüchtlingsunterkünfte Hannover e. V.“, Hannover, 12.2.2016).

Begleitung: Unverzichtbare Lotsen im fremden und komplexen System

Das Konzept der Patenschaften, sei es thematisch oder allgemein, ist inzwischen in Organisationen und selbst organisierten Helferkreisen sehr verbreitet. Dadurch entstehen direkte Kontakte zwischen Geflüchteten und einheimischen Personen oder Familien sowie die Möglichkeit, die Alltagsfragen stellen zu können, die in den Unterkünften mit Betreuungsschlüsseln von bis zu 1:500 bisher nicht gegeben ist. Eine Patenschaft bietet außerdem für Geflüchtete die Gelegenheit, die neuen Deutschkenntnisse praktisch zu erproben, bevor sie auf dem Amt gebraucht werden. Auch für Behördengänge ist die Begleitung durch sprachkundige Paten von großem Vorteil, um zwischen den Anliegen jeder Seite zu vermitteln und z. T. die bestehenden Rechte gegenüber den Ämtern durchsetzen zu können.

Thematische Begleitung ist der Ausdifferenzierung im Feld des bürgerschaftlichen Engagements immer angemessener. So werden Freiwillige in den Feldern aktiv, in denen sie qualifiziert sind oder lassen



14 www.ejf.de/einrichtungen/migrations-und-fluechtlingsarbeit/fluechtlingsberatung-berlin/informationen-fuer-gefluechtete.html

15 www.uf-hannover.de/ag-bif

sich fortbilden, wie die Hannoveraner Ausbildungspaten.

Thematische Patenschaften können den Vorteil haben, dass die Paten sich in ihr spezifisches Thema einarbeiten und daher eine qualifizierte Begleitung anbieten. In Kommunen mit engem Wohnungsmarkt gibt es Wohnungspatenschaften. Es wurde allerdings auch Kritik an rein thematischen Patenschaften geäußert, da diese aus der Sicht der Geflüchteten dann organisatorische Schwierigkeiten aufwerfen, wenn sie für jedes Problem einen eigenen Paten brauchen.

Sehr viele Initiativen und Organisationen bieten inzwischen Komplett-Patenschaften für Geflüchtete an. Allein in Dresden gibt es 1.000 Patenschaften. In kleinen Kommunen wie Worswede gibt es für jede ankommende Familie einen Paten oder eine Patin. Dabei sind die Strukturen, Standards und Praktiken sehr unterschiedlich. Generell sind Patenschaften so angelegt, dass eine Einzelperson oder Familie aus dem Helferkreis mit einer geflüchteten Einzelperson oder Familie über eine bestimmte Zeit ein verbindliches Verhältnis eingeht, mit dem Angebot, bei aufkommenden Fragen bereit zu sein, nach Antworten zu suchen und ggf. Behörden-, Arzt-, und andere Wege zu begleiten. Inwieweit für dieses Verhältnis Grenzen definiert sind – sei es in der Kompetenz der Paten oder in den Zeiten der Ansprechbarkeit, variiert sehr stark. Hier fehlen insbesondere bei den neu gegründeten Initiativen Standards. Größere Organisationen haben ihre Praxis und Standards mit Patenschaften bereits etabliert. So hat eine Vertreterin der Diakonie eine Situation beschrieben, in der die Privatsphäre von Geflüchteten in der Unterkunft noch eingeschränkter war, weil zu viele Helferinnen und Helfer präsent waren, sodass die Diakonie-Vertreterin die Geflüchteten ermutigt hat, auch Grenzen zu setzen. Im Freundeskreis Stuttgart-Heumaden gibt es eine durch die Koordinatorin intensiv begleitete Probezeit, in der beide Seiten eines Patenschaftsverhältnisses dieses ohne Schuldgefühle beenden können sollen.

Beispiel GGUA Münster:

Die Organisation Gemeinnützige Gesellschaft zur Unterstützung Asylsuchender e. V. in Münster führt neue Freiwillige in Patenschaften ein, indem zunächst nur ein wöchentlicher Termin vermittelt



wird, an dem das Verabredete erfolgt (z. B. Begleitung zu einer Behörde). Bevor weitere Verbindlichkeiten verabredet werden, vergewissert sich die Koordinatorin, dass eine dauerhafte Verbindlichkeit von Seiten der Mentorin oder des Mentors gegeben ist. Die Maßgabe ist eine vertrauensschaffende Atmosphäre, um zu vermeiden, dass Menschen, die schon viele Brüche erlebt haben, weitere schmerzhaft Erfahrungen machen (Steinhaus, Münster).

Probleme treten in selbst organisierten Helferkreisen dann auf, wenn das Angebot nicht zur Nachfrage passt, so bieten bspw. die freiwillig Engagierten in Stuttgart Heumaden vorrangig Patenschaften für Kinder und Frauen an. Die jungen Männer, die 35 Prozent der Geflüchteten in der Unterkunft ausmachen, haben gerade einmal drei Angebote.

Eine weitere Kritik, die an dem selbst organisierten Patenschaftskonzept geäußert wurde, zielt auf die Gefahren ab, die eine solche privatisierte Betreuung mit sich bringen kann: Die Patinnen und Paten ersetzen die Sozialarbeit und übernehmen Verantwortung, für die sie nicht ausgebildet sind. Dies könnte den Effekt haben, dass die zuständigen Sozialarbeiter nicht mehr informiert sind und Geflüchtete ihre Termine verpassen.

Bei all diesen Einschränkungen sind Patenschaften jedoch eine sehr gute Möglichkeit für beide Seiten,

ein soziales Verhältnis aufzubauen und die jeweils andere Perspektive kennenzulernen.

Fazit: Patenschaften bieten durch den direkten Kontakt die Gelegenheit für beide Seiten, sich kennenzulernen. Bei Patenschaften müssen mehr Standards geschaffen und die jeweiligen Grenzen von Paten und Mentees festgehalten werden. Eine ehrenamtliche Patenschaft darf nicht die Verantwortlichkeit der zuständigen Sozialarbeit außer Kraft setzen. Es braucht hier Supervisionsprogramme für alle beteiligten Seiten.

Soziale Begegnungsräume und Interaktion

Soziale Begegnungsprogramme wie Feste, Spiele oder Sport sind wichtige Mittel, um auf der emotionalen Ebene Vorurteile gegenüber abgelehnten Gruppen abzubauen. Sie sind daher eine Ergänzung zur Aufklärung im Bereich der Maßnahmen der Vorurteilsbekämpfung in der bundesdeutschen Gesellschaft (Heckmann 2012: 9). Begegnungsräume zu schaffen ist ein wesentliches Anliegen der Initiativen, Organisationen und Kommunen. Ehrenamtliche betreiben diese Begegnungscafés häufig auch bei Organisationen wie der Diakonie. Solche Räume sind wegen ihrer ‚Absichtslosigkeit‘ wichtig im Alltag zwischen Geflüchteten und Nachbarn. Hier ist ein Kennenlernen beim Teetrinken möglich, für das die Beteiligten lediglich das Interesse füreinander mitbringen müssen. Für Geflüchtete, die dezentral untergebracht sind, ist es eine Anlaufstelle, für diejenigen in Gemeinschaftsunterkünften ein guter Treffpunkt außerhalb der Unterkunft. Die Begegnungscafés werden außerdem für Treffen, Beratung und Deutschunterricht genutzt.



16 www.alacarte-wismar.de/de/

Feste feiern – Formate für sozialen Zusammenhalt

Viele Initiativen haben eine Sensibilität für die Frage entwickelt, wie auch der soziale Stadtraum für Geflüchtete geöffnet werden kann und erkennen, wie wichtig die soziale Begegnung dafür ist. Die zwanglose Begegnung zu einem besonderen Ereignis zu machen, ist eine weitere Form des ehrenamtlichen Engagements. Feste haben eine hohe Außenwirkung, die dem ehrenamtlichen Engagement oft fehlt und integrieren die Lebenswelten ineinander.

Beispiele:

In Hannover-Oberricklingen haben insbesondere die Nachbarschaftsfeste dazu beigetragen, dass die Unterkunft der Geflüchteten inzwischen als normaler Bestandteil des Stadtteils betrachtet wird. Initiativen feiern Sommerfeste, Weihnachten oder „Willkommensfeste“. Ein besonderes Format hat Wismar gefunden: „Integration à la carte“, ein von der Stadt initiiertes Programm der Essenseinladungen. Sowohl Einheimische als auch neu Ankommende können zum Essen einladen.¹⁶ Das Projekt sammelt die Kontaktdaten mithilfe der Webseite auf Deutsch, Englisch oder Arabisch ein und bringt die passenden Menschen zusammen.

Freizeitangebote – Mobilität, Kontakt und Therapie

In den Kommunen haben im vergangenen Sommer und Herbst viele Kultureinrichtungen ihre Angebote für Geflüchtete kostenlos zur Verfügung gestellt. Ob Benefiz-Konzerte oder Theatervorstellungen, die ihre Restkarten für Geflüchtete spenden – der Kunst- und Kulturbetrieb hat seine Türen weit geöffnet für die neuen Stadtbewohner.

Das große Angebot stellt die Initiativen allerdings manchmal vor logistische Probleme, da sie die Angebote nicht immer adäquat bedienen konnten. In einem Interview wurde die Sorge geäußert, dass dieses Interesse wieder abflauge, wenn man nicht alle Angebote annehmen könne. Eine Koordinatorin wies zudem darauf hin, dass einmalige Angebote den Initiativen weniger nutzen, da sie die nachhaltige Arbeit der Initiativen eher unterbrechen:

„Jedes Orchester, jedes Theater stellt uns Karten zur Verfügung. Schulen, Universität, wer auch immer, wollen ein Projekt machen: Wir wollen jetzt was mit Flüchtlingen machen, sagt man uns. Das ist nicht strukturell, nur das würde helfen. Sondern das sind Einzelaktionen. Und diese Einzelaktionen müssen alle, entweder von Sozialarbeitern, die können das aber nicht mehr, oder von anderen Ehrenamtlichen vor Ort organisiert werden. Und wenn wir das längere Zeit nicht mehr tun – wir können das nicht mehr, wir schaffen das nicht mehr – und sagen, wir wollen jetzt nur noch Ehrenamtliche oder nur noch Aktionen haben, die längerfristig sind und nicht nur so punktuelle, dann stößt man damit alle vor den Kopf. Und das halte ich für ein ganz großes Problem, denn das wird sich rumsprechen. Ich hatte gestern Abend einen Vortrag zu halten und da wurde ich am Schluss auch gefragt:

Ja, wie können wir denn jetzt unterstützen? Und meine Antwort ist im Moment immer nur, dass ich sage: Es wäre gut, wenn ihr zum einen den Flüchtlingen wohlgesonnen seid, grundsätzlich, und zum zweiten euch wirklich intensiv informiert und euch dann erst eine Meinung bildet.

Und nicht jeder Schlagzeile und jeder einseitigen Stellungnahme glaubt. Mehr kann ich jetzt nicht sagen.

Ich kann gar nicht sagen: Kommt und helft uns.

Das geht überhaupt gar nicht mehr“

(Interview mit Ariane Müller-Ressing, Sprecherin des „Arbeitskreis Flüchtlinge Heumaden-Sillenbuch“, Stuttgart, 9.2.2016)

Im Freizeitbereich hängen die Angebote von der Qualifikation und den Interessen der Ehrenamtlichen ab. So gibt bspw. ein emeritiertes Musikprofessoren-Ehepaar in Nürnberg mit Studierenden Begegnungskonzerte für geflüchtete Kinder. In Stuttgart wird das ehrenamtliche Angebot einer Kunsttherapeutin sehr geschätzt, weil die Betätigung insbesondere schwer traumatisierten Männern nach der Flucht weiterhilft, denen von Seiten der Unterkunft weder Therapie noch Beschäftigung angeboten wird.

Im Vordergrund der ausgesprochen häufig installierten Fahrradwerkstätten steht der Gedanke an Mobilität für die Geflüchteten. Fahrradwerkstätten bieten nicht nur Beschäftigung, wenn alle miteinander an Fahrrädern schrauben, sondern auch die Gelegenheit, ein gemeinsames Projekt zu entwickeln. So machen die Beteiligten einer Fahrradwerkstatt in Hannover regelmäßige gemeinsame Fahrradausflüge.

Beispiel Fahrradwerkstatt Ettlingen

„Dann war ziemlich schnell auch so ein Fahrradteam dabei, Fahrradspenden einzusammeln, Fahrräder wieder flott zu machen und an die Flüchtlinge auszugeben. Wir haben inzwischen ein gutes Fahrradteam von 15 Schraubern, die zwei Mal im Monat in verschiedenen Unterkünften Fahrräder reparieren und einmal im Monat werden neue ausgegeben. Also wir haben fünf Gemeinschaftsunterkünfte in Ettlingen und in zwei verschiedenen GUs finden die Fahrradaktionen statt“ (Jutz, Ettlingen).

Fazit: Die Initiativen bieten im Freizeitbereich ein breites Spektrum an Angeboten. Sie dienen nicht nur der Unterhaltung, sondern erfüllen eine Kontakt fördernde, mitunter sogar therapeutische Aufgabe. Durch eine Vielzahl einmaliger Angebote aus der Zivilgesellschaft sind die Initiativen mit der logistischen Weitervermittlung der Angebote auch überfordert. Eine zentrale Koordinationsstelle kann hier für eine zielgerichtete Verteilung sorgen und damit auch die Motivation für diese Angebote erhalten.

3.3 Aufgaben, Vor- und Nachteile der Koordinationsformen

Wie an dem Spektrum an Aktivitäten der Initiativen deutlich wird, ist die Koordination des Engagements ein wesentlicher Teilbereich. Im Folgenden werden daher die Aufgaben der verschiedenen Koordinationsformen dargestellt – zunächst die allgemeinen Bereiche und im zweiten Teil die für jede Koordinationsform spezifischen Aufgaben.

Ansprechstelle und Vermittlung von Hilfsangeboten

In allen Fällen übernehmen Koordinationsstellen die Funktion einer Ansprechstelle. Diese Funktion ist gerade im Hinblick auf die Einbindung neuer Freiwilliger zentral. Viele Menschen, die sich engagieren wollen, aber keinen Zugang zu bisher vorhandenen Hilfsstrukturen haben, können sich mit ihren Geld-, Zeit-, und Sach-Spendenangeboten an die Koordinationsstelle wenden, die sie dann weitervermittelt. Dazu zählen z. B. auch Kultur- und Bildungseinrichtungen, Unternehmen, Kirchen oder Sportvereine, die in der Flüchtlingshilfe aktiv werden wollen. Darüber hinaus sind die Koordinatorinnen ansprechbar für bereits etablierte Akteure in der Unterstützung und Versorgung Geflüchteter, wie z. B. freie Träger, ehrenamtliche Initiativen und Vereine oder auch Betreiber von Unterkünften.

Um als Ansprechstelle fungieren zu können, muss die Koordinationsstelle ihre Funktion **öffentlich** gut ver-

mitteln. So nehmen einige Koordinatoren bspw. auch an öffentlichen Veranstaltungen zum Thema Flucht und Asyl teil und informieren über die Möglichkeiten, sich in der Kommune zu engagieren.

Vernetzung und Kommunikation

Insbesondere im Hinblick auf die Vielzahl neuer staatlicher, zivilgesellschaftlicher und privater Akteure, die im Feld der Flüchtlingshilfe mit unterschiedlichen Motiven und Interessen tätig sind, zählen Vernetzung und Kommunikation zu den primären Aufgaben der Koordination freiwilligen Engagements. Dabei geht es einerseits um den Austausch der Akteure untereinander, der auf unterschiedliche Art und Weise organisiert und institutionalisiert werden kann (siehe Punkt 3.2), andererseits um die Kommunikation nach außen. So übernehmen Koordinatoren oftmals Aufgaben im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit, um für ihre Arbeit zu werben, Informationen bei öffentlichen Veranstaltungen zu vermitteln oder ihr Wissen und ihre Erfahrungen weiterzugeben.

Organisation von Qualifikation und Supervision

Darüber hinaus zählt die Organisation von Weiterbildungs- und Supervisionsangeboten für Freiwillige zu den Koordinationsaufgaben. Durch ihr Engagement im Bereich Asyl werden viele Freiwillige nicht nur mit komplexen Verwaltungsvorgängen und Rechtsfragen konfrontiert, sondern müssen auch einen Umgang mit der psychischen Belastung finden, was zu einem großen Bedarf an Supervision führt. Die Koordinationsstellen und Initiativen legen bei der Organisation von Qualifikation und Supervision ganz unterschiedliche Schwerpunkte: von Qualifikationsangeboten zum Asylrecht, über den Umgang mit Traumatisierten oder Bildung und Arbeit für Geflüchtete, bis hin zu Fortbildungen für Deutschlehrende, Länderkunde und interkulturelles Training oder Workshops für die Reflexion der eigenen Rolle als freiwillig Engagierte. Für diese Fortbildungen laden die Koordinatorinnen externe Vortragende ein, bspw. von etablierten Organisationen in der Flüchtlingshilfe, aber auch Rechtsanwälte oder Psychologen. In dieser Studie sind wir auf wenige solcher Angebote für Geflüchtete selbst gestoßen, die natürlich ebenso von den komplexen Verwaltungsvorgängen betroffen sind und mit eigenen und fremden Traumatisierungen umgehen müssen. Allerdings stand die Frage danach auch nicht im Zentrum dieser Untersuchung.



Aufgaben der zentralen Koordinationsstelle

Arbeitsinhalte

Ermittlung von Bedarfen und Vermittlung von Angeboten

Da viele der zentralen Koordinationsstellen im vergangenen Jahr erst neu eingerichtet wurden, mussten sie zunächst erfassen, wo Ehrenamtliche überhaupt in der Kommune arbeiten und welche Angebote und Bedarfe es gibt. Eine Übersicht über die verschiedenen Bereiche des Engagements zu erstellen, ist für die Initiativen und Vereine hilfreich, um über mögliche Kooperationspartner informiert zu sein und Parallelstrukturen zu vermeiden. Eine zentrale Stelle kann die Arbeit der Freiwilligen außerdem erleichtern, indem sie die eintreffenden Hilfs- und Unterstützungsangebote bedarfsgerecht zwischen den einzelnen Initiativen koordiniert und somit die Verantwortung, auf die spontanen Sachspendenangebote aus der Zivilgesellschaft adäquat und freundlich zu reagieren, nicht mehr bei den Initiativen liegt (vgl. Kapitel Freizeitangebote). Darüber hinaus ist es notwendig, nicht nur die Bedarfe der Unterstützer, sondern auch die **Bedarfe der Geflüchteten** zu ermitteln.

Ein gutes Beispiel ...

... ist das Modell der sogenannten „Info-Points“ im Berliner Bezirk Reinickendorf. Das gemeinsame Projekt des Netzwerks „Willkommen in Reinickendorf“, des Büros des Integrationsbeauftragten und des Designbüros place/making entstand als Reaktion darauf, dass viele Angebote des Netzwerks die Zielgruppe jugendlicher Geflüchteter nicht erreichten. Dazu kam die Erkenntnis, dass die Kommunikation über Smartphones für die Jugendlichen einen hohen Stellenwert einnimmt. Die digitalen Info-Points sollen einen leichteren Zugang zu Informationen zu Asyl und Aufenthalt, Arbeit und Sprache, zu wichtigen Anlaufstellen und Veranstaltungen ermöglichen. Die Informationen werden mithilfe der Web-Plattform www.info-compass.eu digital aufbereitet, in verschiedene Sprachen übersetzt und unmittelbar in den Unterkünften präsentiert sowie in per-

sönlicher Beratung vermittelt. Diese Beratung wird durch Freiwillige und mittlerweile durch Honorarkräfte über den Bezirk finanziert. Darüber hinaus wird das Projekt durch den Verein Albatros e. V. finanziell unterstützt.

Filterung von Informationen

Einige Initiativen betonten, dass eine zentrale Koordinationsstelle die ehrenamtliche Arbeit erleichtern sollte, indem dort die Vielzahl an Informationen über Qualifikationsangebote, Veranstaltungen und Fördermöglichkeiten gefiltert und für die Initiativen aufbereitet würden, bspw. über ein Online-Angebot, das die engagierten Freiwilligen einsehen können.

Darüber hinaus benötigen Freiwillige und Geflüchtete gleichermaßen Informationen über die unterschiedlichen Akteure und Ansprechstellen, die ihnen in ihrer Arbeit und ihrem Alltag begegnen. An einem solchen Service arbeiten die meisten hier befragten zentralen Koordinationsstellen, z. B. der Berliner Bezirk Pankow.

Unterstützung und Förderung

Zentrale Koordinationsstellen **unterstützen** die Initiativen auch **materiell**, z. B. durch die Bereitstellung von Räumlichkeiten, technischer Infrastruktur oder finanzieller Mittel. Wenn sie durch die Kommunen mit einem Budget ausgestattet sind, können sie die Initiativen recht unbürokratisch unterstützen. Einige stellen Fördermittel zur Verfügung, die sie nach bestimmten Kriterien an die Initiativen weiterleiten, andere helfen dabei, Fördergelder zu beantragen und zu verwalten.

Koordination der Netzwerke

Die zentrale Koordinationsstelle kann zudem die Aufgabe übernehmen, zwischen den Netzwerken oder Helferkreisen zu koordinieren. Die Koordinationsstelle organisiert einen regelmäßigen Austausch zwischen den verschiedenen Akteuren des Netzwerks an einem Runden Tisch oder Ähnlichem, entlastet im Idealfall die ehrenamtliche Koordinationsarbeit und stellt eine kontinuierliche Arbeitsweise der Runden Tische sicher.

In den befragten Kommunen lässt sich feststellen, dass die Koordination durch eine zentrale Stelle besonders gut funktioniert, wenn diese einen kontinu-

ierlichen Austausch mit den ehrenamtlichen Initiativen etabliert, indem sie z. B. regelmäßig die Treffen der Helferkreise besucht oder sogar selbst ehrenamtlich in einem Netzwerk aktiv ist.

Vorteile und Möglichkeiten

Unterstützung bestehender Strukturen und Anerkennung der Autonomie

Eine zentrale Koordinationsstelle kann die Koordinationsarbeit für die lokalen Initiativen nicht ersetzen, wohl aber die Arbeit der Freiwilligen in vielfältiger Weise unterstützen. Sie kann bspw. die Hilfs- und Spendenangebote, die bei den Initiativen und anderen Stellen eingehen, nach Sinnhaftigkeit und Qualität prüfen. So lassen sich **Angebot und Nachfrage besser steuern**. Darüber hinaus kann eine zentrale Stelle bei der Akquise von Fördergeldern unterstützen und Initiativen bei der **Entwicklung neuer Projekte beraten**.

Allerdings kann die zentrale Koordinationsstelle ihre Aufgaben nur in enger Abstimmung mit bereits vorhandenen Hilfsstrukturen entwickeln. Eine **klare Rollenverteilung**, die definiert, was die Ehrenamtlichen leisten wollen und können und was Aufgabe der Koordinationsstelle ist, kann die Zusammenarbeit erleichtern (Knüvener und Kemnitzer 2016: 11). Wenn sich die Koordinationsstelle in erster Linie als **Unterstützung für die ehrenamtliche Arbeit** versteht und den Initiativen gleichzeitig Autonomie bspw. bei der Verteilung finanzieller Mittel gewährt, ist sie eine Erleichterung für die ehrenamtliche Arbeit.

Vermittlung in Konfliktsituationen

Im Falle von Konfliktsituationen zwischen engagierten Initiativen und Behörden sowie Betreibern von Unterkünften, die z. B. den Zugang verweigern wollen oder mit ehrenamtlicher Arbeit überfordert sind, kann eine von vielen Akteuren anerkannte zentrale Koordinationsstelle die Beschwerden der Engagierten aufnehmen und eine Vermittlungsfunktion einnehmen. Ein hierzu befragter städtischer Koordinator hat gute Erfahrungen damit, sich als Interessenvertretung der Freiwilligen gegenüber der Kommune zu verstehen.

Wissenstransfer zwischen freiwilligem Engagement und Verwaltung

In den hier befragten Kommunen, die bereits eine zentrale Koordinationsstelle haben, ist diese an die Stadtverwaltung angebunden. In diesem Fall können die Erfahrungen und das Wissen der Freiwilligen schneller in die Verwaltung zurückfließen und andersherum. Außerdem können durch diese Position die Interessen der Freiwilligen in verwaltungsinternen Gremien vertreten werden.

Ein Interviewpartner beschreibt seine Doppelfunktion als Mitglied der Initiative und der Stadtverwaltung als sehr bereichernd, sowohl für die Freiwilligen als auch für die Kommune:

„Also, ich behaupte mal, dass dieses Modell, wonach ein Mitarbeiter einer Gemeinde sowohl für die Kommune arbeitet als auch sich zusätzlich ehrenamtlich im Bündnis engagiert und einen Teil seiner Arbeitszeit ebenfalls für das Bündnis aufwenden darf, dass das ein sehr gutes Modell ist. Einfach, weil man nah an den engagierten Bürgerinnen und Bürgern dran ist. Die Ehrenamtlichen wissen, sie haben auf jeden Fall immer auch einen Kontakt in die Verwaltung hinein. Vielleicht nicht nur zur Kommune, sondern auch zur nächsthöheren Ebene. Etwa zum Landkreis.“
(Helms, Buchholz)

Nachteile und Herausforderungen

Anerkennung und Neutralität

Damit eine zentrale Stelle die zuvor beschriebene Vermittlungsfunktion einnehmen kann, muss sie von den Aktiven als weitgehend neutraler Akteur anerkannt sein. Daher kann es von Vorteil sein, wenn die Initiativen bei der Stellenbesetzung einbezogen werden. Eine größere Legitimität kann darüber hinaus durch ein Koordinationsteam anstelle einer Einzelperson geschaffen werden. In diesem Team könnten Repräsentanten aus unterschiedlichen Initiativen und Vereinen vertreten sein.

Distanz zu Freiwilligen und Geflüchteten

Wenn eine zentrale Stelle mit einer Person besetzt ist, die keine eigenen Erfahrungen im freiwilligen Engagement mitbringt, kann dies eine Distanz zu den praktischen Tätigkeiten der Freiwilligen und ihren Problemen herbeiführen und dadurch Herausforderungen erzeugen, die nur schwer aufzulösen sind.

„Also in einer größeren Unterkunft müsste jemand sein. Denn um diese Ehrenamtlichen zu begleiten, muss man die Menschen kennen, die begleitet werden. Diese Arbeit kann eine zentrale Stelle eigentlich nicht leisten. [...] Die Ehrenamtsbegleitung und Koordination vor Ort muss entweder jemand machen wie ich, der das ebenfalls ehrenamtlich macht, aber die Situation seit vielen Jahren kennt und auch viele Informationen und fundierte Kenntnisse hat, oder ein Hauptamtlicher.“
(Müller-Ressing, Stuttgart)

Auch der persönliche Kontakt zu Geflüchteten ist wichtig, damit die Arbeit der zentralen Koordinationsstelle nicht an den Bedarfen der Geflüchteten vorbeiläuft. Deswegen fordern einige Initiativen, dass die zentrale Koordinationsstelle mit einer Person „von der Basis“ besetzt wird, die eigene Erfahrungen im freiwilligen Engagement für Geflüchtete mitbringt.

Ausreichende Finanzierung

Die in dieser Untersuchung befragten zentralen Koordinatorinnen waren angesichts der Vielzahl ihrer Aufgabenbereiche mit relativ kleinen Stellenanteilen ausgestattet. Selbst in großen Städten muss die Arbeit durch eine 50- bis 75-Prozent-Stelle geleistet werden. Um die oben beschriebenen Vorteile und Möglichkeiten einer zentralen Koordinationsstelle auch tatsächlich in die Praxis umzusetzen, muss eine ausreichende und nachhaltige Finanzierung vorhanden sein.

Aufgaben der Netzwerk-Koordination

Arbeitsinhalte

Die zentrale Aufgabe des Netzwerks in der Koordination von freiwillig Engagierten besteht in der Vernetzung und Kommunikation der unterschiedlichen Akteure aus Ehrenamtlichen, Hauptamtlichen, Trägern, Verwaltung und z. T. Bundesbehörden. In den Kommunen bilden sich solche Netzwerke in Form einer Plattform, die persönliche Begegnung und Austausch ermöglicht, was insbesondere in größeren Kommunen mit einer Vielzahl von Akteuren notwendig ist.

Die Netzwerke unterscheiden sich in ihrem Institutionalierungsgrad. Während einige sich nur in unregelmäßigen Abständen treffen, haben andere einen regelmäßigen Austausch etabliert und sichern so die Kontinuität des Netzwerkes. Eine weit verbreitete Form des institutionalisierten Netzwerkes ist der „Runde Tisch“, der entweder anlässlich eines konkreten Problems gegründet wird, das einzelne Akteure nur gemeinsam lösen können oder angesichts eines generellen Bedarfs an Austausch zur Koordination der Arbeit im Flüchtlingsbereich. So entstehen einige Runde Tische bspw. im Zuge von Protesten gegen neue Unterkünfte oder um diesen vorzubeugen. In Grenzstädten wie Flensburg und Passau, in denen durch die besonderen Anforderungen bei der Versorgung und der Organisation der Weiterreise der Geflüchteten auch Bundesbehörden beteiligt waren und gleichzeitig keine anerkannte zentrale Stelle agierte, wurde ein kontinuierlicher Austausch unabdingbar.

In anderen Städten gründeten sich auch Runde Tische, die sich mit dem Thema Integration als Querschnittsthema nicht nur von Geflüchteten und mit Antirassismus beschäftigen (Gera, Stuttgart), sondern auch zu ganz spezifischen Themen wie der Arbeitsmarktförderung arbeiten (Gera). Diese Ausdifferenzierung hat einen hohen Zeitaufwand zur Konsequenz.

Die Akteure, die bei Runden Tischen oder Netzwerkunden anwesend sind, reichen von Initiativen, sozialen Trägern, Betreibern der Unterkünfte, Ver-

tretern der Kommunen, Bildungseinrichtungen, Jobcentern, Beratungs- und Hilfsorganisationen, Kirchengemeinden, Nachbarschaftszentren bis hin zur Feuerwehr, Bundespolizei oder der Deutschen Bahn (in Flensburg und Passau). In den Netzwerken fehlt bisher eine Interessenvertretung der Geflüchteten selbst.

Vorteile und Möglichkeiten

Die Runden Tische bieten eine Möglichkeit des Austausches und des Lernens über Ansätze, die in Kommunen, Stadtteilen oder Unterkünften gut funktionieren. Darüber hinaus ermöglichen sie eine leichtere Abstimmung zwischen den verschiedenen Angeboten. Durch das hohe Engagement ist die Bereitschaft auch unter freien Trägern gestiegen, eine höhere Partizipation und Mitbestimmung zu etablieren, wie diese Aussage zeigt:

„Das ist auch eine Besonderheit in diesem Feld, dass man nicht als Träger einfach losgeht, sein Angebot macht, das einfach so machen kann, wie man sich das vorstellt, sondern dass davor immer eine Phase der Abstimmung unter den Netzwerkpartnern stattfindet, die auch sehr vielfältig sind.“

(Interview mit Martina Geßner, Bereichsleiterin Flüchtlingshilfe „Diakonisches Werk Offenbach-Dreieich-Rodgau“, Dreieich, 17.2.2016)



Insbesondere das Modell themenspezifischer Runder Tische (z. B. zu den Themen Arbeit oder Wohnen) hat sich in der Praxis in einigen Kommunen als effektiv herausgestellt.

Im Vergleich zur Koordination durch eine zentrale Stelle gewährleistet die Netzwerk-Koordination eine **hohe Autonomie der Akteure** und damit einhergehend eine **hohe Legitimation**, da die unterschiedlichen Akteure jeweils als Delegierte ihrer Initiativen und Organisationen fungieren. Darüber hinaus bietet diese Form die Möglichkeit höherer Transparenz, wenn anwesende Entscheidungsträger den Austausch suchen.

Nachteile und Herausforderungen

Austausch „auf Augenhöhe“? – Nur selten erreicht!

Für die freiwilligen Initiativen ist ihre Vertretung bei Runden Tischen und Netzwerkrunden auch eine Frage der Anerkennung ihrer Arbeit, ihres Wissens und ihrer Position. Nicht immer zeigen sich staatliche Organisationen und etablierte Akteure in der Flüchtlingshilfe auch offen für Beratung und Kritik seitens der freiwillig Engagierten. Mitunter fühlen sich die Freiwilligen bei Netzwerkrunden eher als „Dekoration“ oder befürchten ein bloßes Ausnutzen ihrer Arbeit ohne Mitspracherecht über die Prozesse und Perspektiven der Flüchtlingsarbeit. Eine offene Aussprache und das Benennen von Problemen scheint eher möglich, wenn die finanzielle und operative Autonomie der Initiativen gewahrt bleibt. Viele Initiativen bemängeln allerdings, dass die eigentlichen Entscheidungen jenseits der Runden Tische getroffen würden. Um den Austausch „auf Augenhöhe“ muss also ständig gerungen werden.

So z. B. in Passau:

„Aber es sind staatliche Organisationen und es gibt viele Hierarchieebenen und wir erleben es täglich, dass auch schon da die Abläufe intern sehr schwierig sind oder die Kommunikation nicht ganz einfach ist, z. B. von der Führungsebene zu den jeweiligen Bundespolizisten vor Ort. [...] Und dadurch gibt es keine andere Möglichkeit, als sich sofort mit einer gewissen Vertretung der

ehrenamtlichen Helfer einzubringen, die sich dort dann eben engagieren können. Die uns ihre Probleme zurückspiegeln, die wir dann auf der höheren Ebene einbringen, z. B. beim Runden Tisch. [...] Wir als Freiwillige oder als Koordinatoren für ungebundene Helfer [...] müssen uns unseren Namen erst jedes Mal neu erarbeiten und unser Recht, uns an den Tisch zu setzen, unser Recht, da mitzudiskutieren. Und das funktioniert natürlich über qualitätvolle Arbeit, aber man muss es sich auch immer wieder neu erarbeiten. Während natürlich mit den entsprechenden Strukturen Rückhalt und eine gewisse Autoritätsposition einfacher gehen“ (Will, Passau).

Einbeziehung von Selbstorganisationen von Flüchtlingen

Eine weitere Herausforderung bezieht sich auf die Zusammensetzung der Netzwerke: Neben den zuvor aufgezählten Akteuren, die häufig bei den Runden Tischen und Netzwerkrunden vertreten sind, war in den untersuchten Kommunen die Akteursgruppe der Geflüchteten auffallend unterrepräsentiert. Damit fehlt eine wichtige Interessensgruppe, die Ermittlung der Bedarfe von Geflüchteten bleibt anderen Akteuren überlassen und führt ggf. am Ziel vorbei. Die Einbeziehung ihrer Erfahrungen und ihrer Perspektiven wäre zentral für die Koordination der ehrenamtlichen Arbeit. Darüber hinaus würde die Einbindung von Geflüchteten-Selbstorganisationen auch eine andere Perspektive auf die notwendigen Angebote ermöglichen. Denn die Ansätze dieser Organisationen sind durch die eigene Erfahrung der Flucht und des Ankommens im europäischen Asylsystem geprägt und auf möglichst schnelle Selbstständigkeit ausgerichtet.

Beispiel „Women in Exile“:

Die Organisation „Women in Exile“ besteht seit 2002 und besucht Unterkünfte in Brandenburg, um dort die Bedarfe der geflüchteten Frauen zu erheben. Sie arbeitet ehrenamtlich und gibt Workshops, führt Informationsveranstaltungen durch und nimmt an Netzwerktreffen teil. „Women in Exile“ verstehen sich als Interessenvertretung von Frauen im Asylprozess.¹⁷

Beispiel „No-Stress Tour“:

Das Projekt „No-Stress Tour“ geht aus den internationalen Netzwerken CISPM (Coalition Internationale des Sans-Papiers Migrant(e)s et Réfugiés) und Afrique Europe Interact hervor, die sich für globale Bewegungsfreiheit und die Emanzipation Geflüchteter einsetzen. Von Juli bis Oktober 2016 plant die No-Stress Tour den Besuch verschiedener Flüchtlingsunterkünfte in Berlin und Bielefeld und bietet u. a. verschiedene gemeinsame Freizeitaktivitäten für Geflüchtete und Anwohner an. Ziel des Projektes ist es, Hürden zwischen Geflüchteten und Einwohnern zu überwinden und Geflüchtete über ihre Rechte im Asylverfahren zu informieren.¹⁸

Beispiel „Internationale Konferenz von Geflüchteten und MigrantInnen“:

Auch jenseits kommunaler Netzwerk-Koordinatoren vernetzen sich Geflüchtete, Migranten, Unterstützer und Aktivisten untereinander. Ein Beispiel dafür ist die Internationale Konferenz von Geflüchteten und MigrantInnen, die politisch aktive Geflüchtete vom 26. bis zum 28. Februar 2016 in Hamburg organisierten. Neben Workshops, die dem Austausch über Formen und Strategien der Selbstorganisation gewidmet waren, wurde bspw. auch ein Workshop für Unterstützerinnen und Unterstützer angeboten, um die eigene Arbeit und das Verständnis von Solidarität kritisch zu reflektieren.¹⁹

In Berlin organisierte der Flüchtlingsrat die Anwesenheit einzelner Geflüchteter an einem Runden Tisch, eine Praxis, die zwar von den übrigen Akteuren wohlwollend bemerkt, jedoch nicht systematisch in die Arbeit einbezogen wurde. Für die Teilnahme Geflüchteter an den Netzwerkrunden müssen geeignete Strukturen aufgebaut werden, die auch unter den Geflüchteten eine Interessenvertretung ermöglichen, um dort nicht nur als Einzelpersonen zu sprechen, sondern die Interessen der Bewohner ihrer Unterkünfte zu vertreten. Das einzige Beispiel für die Teilnahme von Geflüchteten zeigt Nachbesserungsbedarf.

¹⁷ Internetpräsenz der Organisation Women in Exile: www.women-in-exile.net

¹⁸ Internetpräsenz der No-Stress Tour: www.nostresstour.de

¹⁹ Internetpräsenz der Internationalen Konferenz von Geflüchteten und MigrantInnen: www.refugeeconference.blogspot.eu

„Es ist nicht das Problem, Geflüchtete einzuladen zu einem Runden Tisch, die daran teilhaben möchten, die sich äußern. Aber die Runden Tische an sich sind schon ein schwieriges Gremium, weil man sich fragt, wie man da vorankommt. Sind das nicht unter Umständen Scheindebatten, die geführt werden? Und dann wollen wir ungern Geflüchtete an den Runden Tisch mitnehmen, wenn danach nicht tatsächlich Ergebnisse zu sehen sind oder eine tatsächlich offene und ehrliche Debatte stattfindet. [...] Und wir haben auch nicht den Eindruck, dass da offene Debatten auf Augenhöhe geführt werden. Unter Umständen ist das so ein Alibiwert, dass mehr Geflüchtete mit am Tisch sitzen.“
(Interview mit Katharina Müller, Mitarbeiterin „Flüchtlingsrat Berlin e. V.“, Berlin, 19.1.2016)

Das Berliner Integrationskonzept sieht eigentlich die Wahl von Flüchtlingsbeiräten vor (Berliner Senat „Versorgungs- und Integrationskonzept für Asylbegehrende und Flüchtlinge“ 2015: 24). In der Praxis wurde davon noch nichts umgesetzt. Der Ansatz jedoch ist richtig, da die Geflüchteten neben Staat, Kommune, Organisationen und spontanen Helferkreisen die zentralen Akteure sind (Speth und Becker 2016: 43). Die frühzeitige Einbindung der neu Ankommenden in das demokratische Gefüge kann den Weg für einen langfristigen demokratischen Zusammenhalt ebnen.

Aufgaben einer Initiativen-Koordinationsstelle

Arbeitsinhalte

Die Aufgaben der Koordination einer ehrenamtlichen Initiative hängen maßgeblich davon ab, welche Struktur sich die Initiative selbst gibt. So werden in einigen Initiativen die Koordinationsaufgaben auf möglichst viele Mitglieder verteilt und Arbeitsgruppen gebildet, die für einzelne Aufgabenbereiche zuständig sind. Meist gibt es einen Koordinierungskreis, der in Vereinen auch oft aus dem Vorstand besteht (vgl. B.1. Struktur). In anderen Initiativen werden die Koordinationsaufgaben vor allem von einer

Person übernommen, die dann auch die primäre Ansprechperson nach außen ist.

Wenig überraschend lässt sich feststellen, dass diejenigen Initiativen, die bereits länger in dem Feld aktiv sind, ihre Leitungsaufgaben klarer strukturiert haben und z. T. auch hauptamtliche Stellen geschaffen haben, die für die Koordination zuständig sind. Diese Stellen wurden in den hier interviewten Initiativen zumeist von langjährigen Aktiven besetzt, die die Initiativen mitbegründet haben. Viele der neueren Initiativen weisen eine eher organische Arbeitsteilung auf, die (bisher) weniger formalisiert ist und sich an den konkreten Bedarfen der Initiative ausrichtet, wie z. B. der Organisation von Einsatzplänen.

Im Unterschied zu einer zentralen Koordinationsstelle, die mit einer Person besetzt wird, die sich für eine Arbeit mit einem bestimmten Aufgabenprofil beworben hat und danach ausgewählt wurde, sind die Aufgaben der Koordination in einer ehrenamtlichen Initiative auch abhängig davon, welche Fähigkeiten und Erfahrungen deren Mitglieder mitbringen. Da in vielen Fällen pensionierte Freiwillige koordinierende Aufgaben übernehmen, können diese auch ihre langjährigen beruflichen Erfahrungen einbringen.

Eine wichtige Aufgabe bildet die Steuerung der Arbeit der Initiative. Der Koordinierungskreis gibt die Richtungen der ehrenamtlichen Arbeit vor, bespricht Probleme, von denen Freiwillige berichten und versucht, Lösungen zu finden. Darüber hinaus ist die Koordination für die Organisation von Infrastruktur zuständig. Dazu zählen insbesondere die Organisation von Räumlichkeiten, in denen die Initiative arbeiten kann, aber auch die Bereitstellung technischer Infrastruktur, die die Kommunikation der Aktiven untereinander ermöglicht. Zudem fallen mit der Betreuung der Mailinglisten viele administrative Aufgaben an. Ein weiterer großer Aufgabenbereich ist die Einführung neuer Freiwilliger und die Begleitung bereits Aktiver.

Vorteile und Möglichkeiten

Begleitung der Freiwilligen

Im Unterschied zu einer zentralen Koordinationsstelle und einer Netzwerk-Koordination besitzt die Initiativen-Koordination eine stärkere Nähe zu den

Freiwilligen selbst. Die Begleitung der Aktiven, die Auseinandersetzung mit ihren Fragen und Problemen wird durch die Koordinatoren der Initiativen umfassend geleistet. Hier liegt ein großer Vorteil dieser Koordinationsform. Selbst wenn ein zentraler Koordinator sich um einen regelmäßigen Austausch mit den Initiativen bemühen kann, ist der Kontakt zu den Freiwilligen in der konkreten alltäglichen Arbeit dadurch nicht zu ersetzen.

Kontakt zu Geflüchteten

Weitere Vorteile der Koordination durch eine Initiative sind der Aufbau und die Pflege des Kontakts zu Geflüchteten sowie die Vermittlung zwischen Helfern und Geflüchteten. Die Koordinatoren können durch die Funktion als Ansprechpartner die Bedarfe der Geflüchteten besser einschätzen. Diesen direkten Kontakt zu Geflüchteten kann eine zentrale Koordinationsstelle nur sehr viel schwerer herstellen.

Nachteile und Herausforderungen

Fehlende Autoritätsposition

Allerdings gerät die Koordination durch eine Initiative an ihre Grenzen, wenn sie in Verhandlungen

mit anderen Akteuren der Flüchtlingshilfe tritt. Eine zentrale Koordinationsstelle, die an die städtische Verwaltung angebunden ist, hat bspw. eine andere Position, auf den Betreiber einer Unterkunft einzuwirken, Freiwilligen Zugang zu gewähren und Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen.

Eine Maßnahme, diesen Zugang sicherzustellen, gibt es in Berlin, wo das Landesamt für Gesundheit und Soziales die Betreiber der Unterkünfte im Vertrag verpflichtet, mit Ehrenamtlichen zusammenzuarbeiten. In Stuttgart sind die freien Träger, die die Unterkünfte betreiben, ebenso angehalten, mit den Freiwilligen zusammenzuarbeiten.

Abhängigkeit von Einzelpersonen

Die in dieser Studie befragten Koordinatorinnen und Koordinatoren engagieren sich mit außerordentlichem zeitlichen und persönlichen Einsatz. Dadurch hängen Engagement und Arbeit der Initiative stark von Einzelpersonen und deren Zeitkapazitäten ab. Dies kann zu einem Problem für die Kontinuität der Initiativen führen. Unterschiedliche Wissensstände, Erfahrungen und zeitliche Kapazitäten können dazu führen, dass die Koordination nicht nachhaltig fortgeführt werden kann.



3.3 Einbindung neuer Freiwilliger: selbst organisiert, begleitet, vermittelt

Die Wege der Einbindung neuer Freiwilliger unterscheiden sich vor allem darin, wie stark diese bei ihrem Einstieg ins Engagement begleitet werden und wie interaktiv dieser Prozess organisiert ist. Im Folgenden wird deswegen unterschieden zwischen einer begleiteten Einbindung und einem *selbst organisierten* Weg ins freiwillige Engagement. Diese beiden Formen schließen sich nicht gegenseitig aus, sondern können in einer Initiative parallel verfolgt werden. Ein dritter Weg ist die *vermittelte* Einbindung, die über eine Datenbank im Sinne einer Engagementbörse in vielen Kommunen z. B. von Freiwilligenzentren angeboten wird. Daran anschließend und vor Beginn des Engagements komplettiert das Freiwilligenzentrum die Vermittlung oftmals noch über ein Gespräch mit den Freiwilligen. Die Unterscheidung soll hier in erster Linie dazu dienen, die Entwicklung der Formen der Einbindung vor dem Hintergrund des hohen Anstiegs an interessierten Freiwilligen im vergangenen Jahr nachzuzeichnen, sowie die jeweiligen Vor- und Nachteile darzustellen.

Begleitete Einbindung

Zentrales Merkmal einer begleiteten Einbindung ist die **persönliche Begegnung** zwischen den neuen Freiwilligen und den bereits Aktiven. In vielen Fällen werden die neuen Freiwilligen von den Koordinatoren eingeführt. Die intensivste Form der begleiteten Einbindung ist das **Einzelgespräch**, bei dem die **Erwartungen** der neuen Person sehr genau mit den schon vorhandenen Arbeitsbereichen und dem Selbstverständnis der Initiative abgestimmt werden können. Außerdem ist Raum für **mögliche Rückfragen**. In Stuttgart-Heumaden z. B. findet dieses Gespräch direkt in der Unterkunft statt und ist mit einer Führung dort verbunden.

Darüber hinaus haben einige Initiativen (Berlin-Reinickendorf, Flensburg, Passau) eine **Anlaufstelle** bzw. einen „**Infotresen**“ an den Unterkünften oder

am Bahnhof, der von Ehren- und Hauptamtlichen betreut wird. Hier können sich neue Freiwillige direkt informieren und beraten lassen. Dieses zeitaufwändige Modell ist dort möglich, wo es viel ehrenamtliches Engagement gibt. Es hat den Vorteil, dass die Initiative zu regelmäßigen Zeiten sowohl für Geflüchtete, als auch für neue Helferinnen und Helfer ansprechbar ist.

Die zentralen Koordinierungsstellen übernehmen in seltenen Fällen Einzelbetreuung für Freiwillige. In der Regel leiten sie die Anfragen direkt an die ehrenamtlichen Koordinatoren der Helferkreise weiter.

Ähnlich wie die Aufgaben der Koordination hängt die Einbindung neuer Ehrenamtlicher auch davon ab, welche Strukturen sich die Initiative gegeben hat. Gibt es bspw. einzelne Arbeitsgruppen mit Ansprechpartnern, können neue Mitglieder sich je nach ihren spezifischen Interessen an diese wenden.

Der Weg der Einbindung kann aber auch eine Frage des Selbstverständnisses der Initiative oder der Koordinationsstelle sein. So gibt es z. B. Koordinatoren, die neuen Freiwilligen im Erstgespräch vermitteln, dass sie sich eine Mindestanzahl von Stunden pro Woche oder eine Mindestdauer des Engagements wünschen (z. B. in Dresden oder Münster). Diese Kontinuität spielt insbesondere für Tätigkeiten wie Patenschaften eine wichtige Rolle, die eine hohe Verbindlichkeit und persönliches Einlassen erfordern.

Eine solche organisierte Begleitung bieten meist diejenigen Initiativen und Vereine an, die bereits über etabliertere Strukturen verfügen. Einzelgespräche waren hier bisher zumeist Standard. Allerdings mussten auch diese Initiativen im vergangenen Jahr oftmals ihr Konzept der Einbindung neuer Freiwilliger verändern:

„In diesem Gebiet, auch das war für uns eine neue Erfahrung, kriegen wir [Einzelgespräche] zum Teil gar nicht so hin. Weil es eine Gruppe von Leuten ist, die sind plötzlich aktiv, die kommen nicht vorher und wir können sie sozusagen geordnet einsteuern, sondern die sind gerade bei den Begegnungsangeboten einfach plötzlich mit dabei und packen mit an und fühlen sich zur Gruppe zugehörig. Insofern gibt es da eine gewisse Ungleichzeitigkeit. Da es so viele Leute sind, schaffen wir es zum Teil auch gar nicht, uns ressourcenmäßig so viel Zeit für jedes Erstgespräch zu nehmen, wie wir das bei anderen kleinen Projekten viele Jahre lang immer als Standard hatten.“
(Geßner, Dreieich)

Der hohe zeitliche und personelle Betreuungsaufwand kann sich insbesondere dann nachteilig auswirken, wenn ein sehr großer Andrang neuer Freiwilliger die verfügbaren Ressourcen überfordert. Die Qualität der begleiteten Einbindung liegt in der persönlichen Betreuung und in der stärkeren Verbindlichkeit des Engagements.

Selbst organisierte Einbindung

Der *selbst organisierte* oder selbstintegrierende Weg ins Engagement ist also nicht nur Konsequenz des enormen Anstiegs der Hilfsbereitschaft und der partiellen Überforderung der Initiativen, neue Freiwillige bei ihrer Einführung persönlich zu begleiten, sondern auch Ausdruck eines neuen Charakters ehrenamtlicher Flüchtlingshilfe. So wurden im letzten Jahr vielfach Infrastrukturen geschaffen, die ein spontanes, niedrighschwelliges und temporäres Engagement ermöglichen. Auch Personen mit geringen zeitlichen Kapazitäten können bei niedrigen Einstiegshürden aktiv werden – ohne sich dauerhaft für ein Ehrenamt zu verpflichten.

Zentrales Merkmal der Selbstintegration ist der direkte Einstieg in eine konkrete Tätigkeit, wie z. B. die Mitarbeit in einer Kleiderkammer, die Hilfe bei der Essensversorgung oder ein Fahrdienst, der nicht zwangsläufig eine persönliche Begegnung mit den

Koordinatoren einer Initiative erfordert. Diese Form des Einstiegs bedarf einer gewissen Logistik, um Angebote und Bedarfe aufeinander abzustimmen. Dazu wurde vermehrt auf soziale Medien zurückgegriffen, in denen Angebotsdatenbanken oder sogenannte „Volunteer-Planner“²⁰ erstellt wurden, die besonders viele Menschen erreichen, die sich eigenständig für eine Schicht in einem bestimmten Bereich des Engagements eintragen können. Auf diesem Weg werden viele Menschen aktiv, die vielleicht nur ein oder zwei Stunden in der Woche aufbringen können und die sich nur unter diesen niedrighschwelligigen Bedingungen engagieren möchten oder können.

Der selbst integrierte Einstieg kann ohne die Vermittlung von Vorwissen und Selbstverständnis geschehen, wird in den meisten Fällen jedoch auch inhaltlich begleitet. Häufig bekommen die Interessierten vorab ein Infopaket für den Einstieg in die Arbeit zugesandt, das unterschiedlich ausführlich ausgestaltet sein kann – von Abläufen der Arbeit über Hintergrundinformationen über die Initiative, ihre Arbeitsweise und über ihr Selbstverständnis, bis hin zu wichtigen Anlaufstellen in den Kommunen. Auch an der Einsatzstelle gibt es dann jeweils erfahrene Ansprechpartner.

Generell lässt sich beobachten, dass innerhalb einer kurzen Zeitspanne von sechs Monaten bis zu drei Jahren tragfähige Strukturen auch jenseits klassischer Organisationsstrukturen wie Vereinen entstanden sind und eine schnelle **Professionalisierung** bei der Einbindung neuer Freiwilliger stattgefunden hat.

Ein **Nachteil** der selbst integrierten Zugangsweise ist die **Abhängigkeit von sozialen Medien**. Obwohl mittels einer selbst integrierten Einbindung in kurzer Zeit sehr viele neue Freiwillige integriert werden können, werden auch Interessierte ausgeschlossen, die bspw. keinen Zugang oder keine Affinität zu sozialen Medien besitzen. Ein weiterer Nachteil ist die Schwierigkeit, **Überblick** über die so eingebundenen Freiwilligen zu behalten. Selbst integriert können zwar viele Freiwillige unkompliziert und schnell aktiv werden, ebenso rasch und unbemerkt können sie sich aber auch wieder zurückziehen. Die fehlende Verbindlichkeit führt zu einer Unsicherheit über die Nachhaltigkeit des Engagements.

Darüber hinaus fehlt oftmals die persönliche Interaktion mit den Koordinatoren, um Rückfragen zum

²⁰ www.volunteer-planner.org

Engagement zu klären oder die Interessen und Erwartungshaltungen abzustimmen. Die neuen Freiwilligen müssen zum Teil auch ein hohes Interesse mitbringen und sich den Weg durch die Abläufe in der Initiative selbst bahnen.

Eine organisierte Einbindung fördert demgegenüber ein kontinuierliches und nachhaltiges Engagement, da die Freiwilligen bei ihrem Einstieg stärker begleitet werden und ihre Entscheidung für das Engagement weitreichender ist.

Vermittelte Einbindung

Der vermittelte Weg in das freiwillige Engagement führt in vielen Kommunen über Datenbanken, die durch einen Abgleichprozess die **gezielte Vermittlung** von Bedarf und Zeit- oder Sachspendenangeboten ermöglichen. Interessierte können aus der Vielzahl beschriebener Engagement-Gesuche entweder selbst eine zu ihnen passende Tätigkeit in einer Online-Engagement-Börse herausuchen und sich dann über ein Gespräch mit dem Freiwilligenzentrum weiter vermitteln lassen; oder sie registrieren sich über ein (Online-)Formular mit ihren Personenangaben und individuellen Vorstellungen und Wünschen, woraufhin sich das Freiwilligenzentrum mit einer zu ihrem Profil passenden Engagement-Möglichkeit zurückmeldet. Der Abgleich (Matching) von Angebot und Gesuch wird oftmals noch abgerundet durch ein Gespräch zwischen Freiwilligenzentrum und den Freiwilligen.

Die vermittelte Einbindung hat sich im Feld freiwilliger Flüchtlingshilfe als Verfahrensweise etabliert, um Interessierte gezielt nach Bedarf, Spendenangebot und Qualifikation in die Tätigkeiten zu integrieren. Ein Strukturmerkmal dieser Form ist die Koordination über eine Zentralstelle. Sozialarbeiter können dort Bedarfe angeben, Freiwillige können sich melden und die Vermittlungsstelle bringt Angebot und Nachfrage in einem Matchingprozess zusammen. Nachteilig ist der hohe Aufwand: Für diese Form der Einbindung braucht es Stellen und digitale Infrastruktur sowie Programmierkenntnisse für den Aufbau der Datenbanken. Vielerorts ergänzt der Matchingprozess das persönliche Einführungsgespräch sinnvoll. Im Gegensatz zum selbst integrierten Weg entstehen bei großem Andrang neuer Freiwilliger Wartelisten, wodurch Freiwilligen die Motivation genommen werden kann.

Fazit: Die skizzierten Formen bieten unterschiedliche **Vorteile und Möglichkeiten:** Während die begleitete Einbindung neuer Freiwilliger sich besonders durch den persönlichen Kontakt, eine höhere Verbindlichkeit des Engagements und die individuelle Vermittlung von Inhalten auszeichnet, ermöglicht der selbst integrierte Weg ins Engagement die leichtere logistische Bewältigung eines hohen Andrangs neuer Freiwilliger und bietet Gelegenheit, auch kurze Zeitfenster für Engagement schneller und unkompliziert zu nutzen. Die Vermittlung über eine Zentralstelle zeichnet sich durch die betreute Abstimmung der benötigten Hilfe und des zur Verfügung gestellten Engagements aus und schafft in Verbindung mit der Organisation über Datenbanken einen oftmals digital zugänglichen Überblick über alle Bereiche ehrenamtlichen Engagements für Geflüchtete.

Demgegenüber steht auf der Seite der **Nachteile und Herausforderungen** der hohe zeitliche Aufwand für die Initiativen, die begleitete Einbindung anbieten. Dieses Modell stößt an seine Kapazitätsgrenzen, wenn in kurzer Zeit sehr viele neue Freiwillige aktiv werden wollen. Ebenso nachteilige Auswirkungen auf die Motivation der Freiwilligen haben die in Hochkonjunktoren entstehenden Wartelisten bei der vermittelten Einbindung. Ein weiterer Nachteil dieser Form ist der administrative Aufwand, der technisches Wissen, Verbindlichkeit und Kontinuität erfordert. Die Nachteile der Selbstintegration liegen in der fehlenden Verbindlichkeit dieser Form der Einbindung, was das Spektrum der Tätigkeiten stark eingrenzt. Des Weiteren bildet die benötigte Medienkompetenz eine Zugangshürde für Freiwillige, die im Umgang mit sozialen Medien weniger vertraut sind.

4

Finanzen, Qualifizierung und Supervision – Herausforderungen und Chancen



4.1 Herausforderungen an das Engagement

Engagementmotivation weiterhin hoch – aber Entwicklung noch nicht absehbar

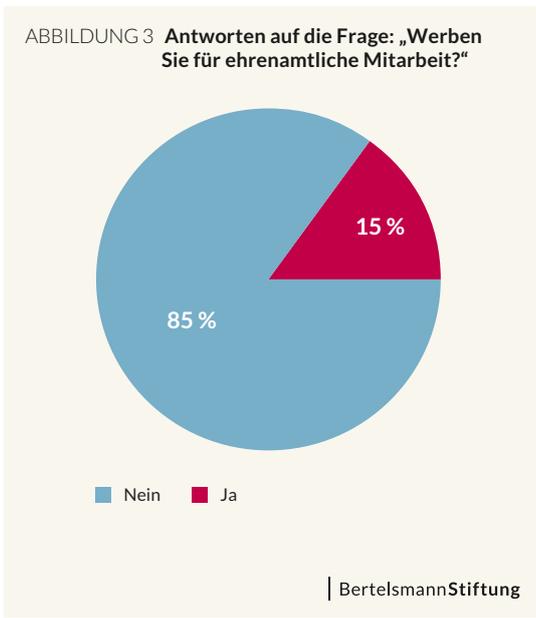
Das Ausmaß an Engagement ist nach wie vor überraschend hoch. Die Interviews für diese Studie haben im Februar und März 2016 stattgefunden. Unter dem unmittelbaren Eindruck der sich wandelnden Berichterstattung über Flüchtlinge in den Medien nach den Silvester-Ereignissen in Köln, vor Schließung der Balkanroute und vor der Aushandlung des Abkommens mit der Türkei waren die die Notunterkünfte und Erstaufnahmeeinrichtungen noch voll

belegt und die Kommunen erwarteten im Frühjahr neue Hochzahlen.

Fast alle Befragten gaben an, dass sie für das zivilgesellschaftliche Engagement nicht werben müssen, im Gegenteil, meist können sie nicht genug Beschäftigung für die Freiwilligen finden. Diese Aussage steht dafür exemplarisch:

„Es gibt eben doch einen sehr erheblichen Teil, der sich engagiert. Und das ist in fast allen Stadtbezirken so. Also manchmal sagen wir sogar: Was machen wir bloß, die Flüchtlinge sind ja noch gar nicht da, wie beschäftigen wir unsere Ehrenamtlichen?“

(Müller-Ressing, Stuttgart)



Viele Interviewpartner sagten, dass die Bereitschaft zum Engagement für Flüchtlinge unverändert hoch ausgeprägt sei, wenn auch die Sorge geäußert wurde, dass sich der ‚Stimmungsumschwung‘ auf die Arbeit auswirke. Die Hochkonjunktur zivilgesellschaftlicher Hilfe fand nach Aussage vieler vom September bis Dezember 2015 statt. Seitdem sind viele Engagierte kontinuierlich dabei. In drei Kommunen wurde beschrieben, dass den Freiwilligen ihre Tätigkeit umso wichtiger sei, je mehr Proteste im Umfeld der Unterkünfte stattfinden (Nürnberg, Hannover, Gera). Ein überwiegender Teil der Kommunen verzeichnet einen konstanten Zustrom an Aktiven.

„Wir brauchen da nicht besonders Reklame zu machen. Es gibt jede Menge Hilfsbereitschaft. Das ist eine sehr schöne Sache. Wir müssen manchmal sogar bremsen, weil das Engagement zu hoch ist und wir gar keinen Helfer mehr unterbringen können. Es gibt jede Menge Leute, die Deutsch unterrichten möchten, ganz viele pensionierte Lehrer, die da eine neue Aufgabe finden; auch ganz viele ältere Leute. Gerade in Berlin-Reinickendorf sind es eher die Älteren, die sich da sehr engagieren – wir sind ja auch ein überalterter Bezirk.“
(Behrendt, Berlin)

Kommunen, in denen die Hilfsbereitschaft nachgelassen hat, wurde z. T. die negative Presse nach der Silvesternacht 2015/2016 als Grund angegeben. Ein großer Teil der Kommunen und Initiativen jedoch, die im Vergleich zum Herbst 2015 jetzt abnehmende Zahlen an Hilfsbereitschaft verzeichnen, haben dennoch auch im Januar/Februar 2016 einen regelmäßigen Zustrom neuer Freiwilliger, nur nicht mehr in dem überwältigenden Ausmaß wie zuvor. So rufen z. B. bei der Koordinationsstelle Nürnberg noch immer täglich fünf bis sechs neue Interessierte auf dem Bürgertelefon an. Weitere zwölf bis 24 neue Personen melden sich täglich für die Mailing-Liste an. Auch wenn das im Vergleich zu anderen Bereichen freiwilligen Engagements nicht wenig erscheint, zeigt doch die folgende Aussage, dass es im Herbst 2015 noch anders aussah:

„Also das war natürlich vor allem da im Herbst, August, September, Oktober, als das Thema ganz weit vorne war und unglaublich viele Leute sich entschieden haben, ich will da helfen. Da hatten wir mal ein Angebot drinnen stehen, wo glaube ich drei Ehrenamtliche gesucht wurden, und das Angebot haben sich 5.000 Leute runtergeladen.“
(Glaser, Nürnberg)

Für einen Berliner Kiez wurden beginnende Schwierigkeiten konstatiert, ausreichend freiwillig Engagierte zu finden (Weißensee). In den in der Studie untersuchten Grenzstädten Flensburg und Passau werden die Freiwilligenzahlen ins Verhältnis zu den geringer werdenden Zahlen von neu ankommenden Flüchtlingen gesetzt, jedoch auch die Befürchtung geäußert, dass durch die nachlassende Aufmerksamkeit das Engagement aus der öffentlichen Wahrnehmung gerät und das „Thema Flüchtlinge“ durch rechte Parteien und Positionen als problematisch besetzt wird:

„Bilder von Menschen auf der Flucht lösen ja etwas aus. Einen Hilferflex.

Wenn diese Bilder verschwinden, verschwinden sie auch aus dem medialen Gedächtnis der Masse. Doch aus dieser ‚Masse‘, nämlich aus der Bevölkerung, rekrutiert man ja Freiwillige. Das heißt, die Werbebemühungen werden dann beschwerlicher. Das Thema Flüchtlinge wird dann vielleicht wieder von Leuten besetzt, die eher in Gegnerschaft dazu stehen.“

(Interview mit Tobias Schmidt, Ehrenamtskoordinator der Stadt Passau und aktiv bei der Initiative „Passau verbindet“, Passau, 12.2.2016)

Mit der Angst vor dem Kippen der Stimmung in der Bevölkerung im Kopf äußerte eine Initiative die Erwartung, dass die neu eingerichtete Stelle sofort eingreife und die Engagierten zusammenbringe (Stuttgart Heumaden). Nur ein Interviewpartner führte die abschwelende Konjunktur auch auf Erschöpfung unter den Beteiligten zurück.

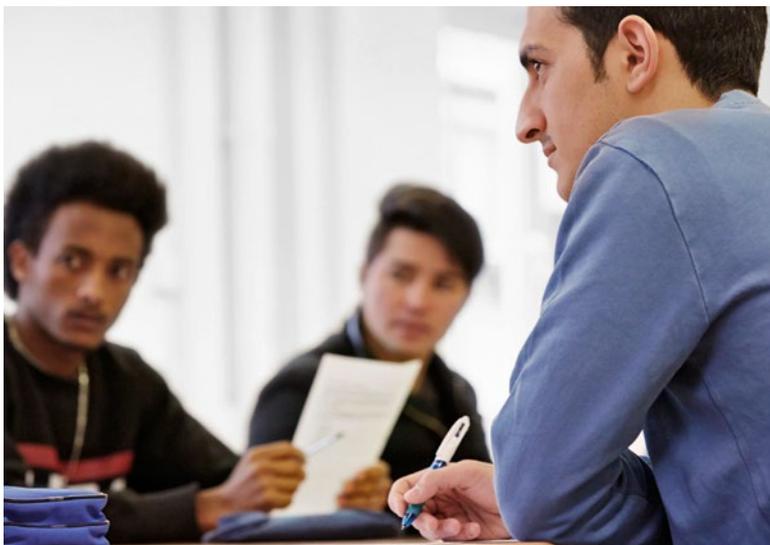
Einige Kommunen stellen dagegen eine Zunahme des Engagements im Februar/März 2016 fest. Der folgende Interviewauszug aus Gera zeigt, dass die Geschehnisse in der Kölner Silvesternacht als Bezugspunkt eher abgewiesen werden:

- ? Haben Sie denn Veränderungen im Engagement festgestellt über die letzten Monate?*
- : Es kommen mehr und mehr Interessierte und wollen ehrenamtlich aktiv werden. Wir freuen uns.*
- ? Gab es denn Veränderungen oder Einbrüche im Engagement nach Köln?*
- : Nein, gar nicht. Also Köln ist hier bei uns überhaupt kein Thema gewesen. Muss ich ehrlich sagen, es kommen wöchentlich neue Mitstreiter hinzu. Vielleicht in der Thügidaschaft und AfD, aber nicht hier bei uns im Verein „Akzeptanz“.*

(Poser-Ben Kahla, Gera)

Die Proteste von Asylgegnern können auch zu einer lokalen Verstärkung des freiwilligen Engagements für Flüchtlinge führen. So berichtet der Ehrenamtskoordinator der Stadt Nürnberg:



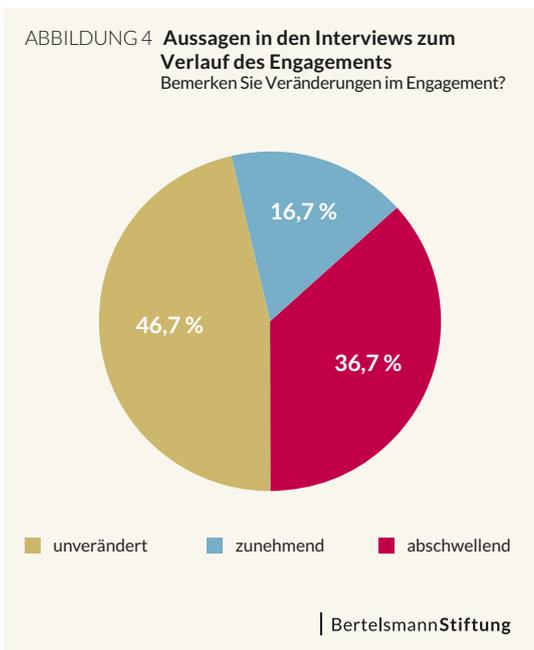


Die **Motivation**, sich weiter in der ehrenamtlichen Arbeit zu engagieren, ist also hoch. Und es geht dabei nicht um die Erstversorgung und Krisenhilfe, sondern darum, Angebote zu schaffen, die Teilhabe an der Gesellschaft ermöglichen. Die Motivation für das Engagement ist dabei vielfältig:

„Bei größeren neuen Einrichtungen macht unser Sozialamt, das die Unterbringungsbehörde ist, dann Informationsveranstaltungen. Und je problematischer die Stimmung bei diesen Veranstaltungen ist, desto größer wird der Helferkreis. Das heißt, die Leute wollen das nicht auf ihrem Stadtteil sitzen lassen, dass da so viele, sagen wir mal, skeptische bis negative Stimmen kommen, sondern engagieren sich, melden sich zahlreicher, als in Stadtteilen, wo das überhaupt kein großes Thema ist.“
(Glaser, Nürnberg)

„Also es sind wahrscheinlich schon im weitesten Sinne immer die Rentner. Und die tun es ja auch gerne, das kann man ja auch nicht wegreden. Also sie tun’s, weil sie sich sozusagen aufgerufen fühlen zu helfen, aber sie tun’s auch gerne, weil sie auch den Kontakt zu den Flüchtlingen, also zu den Ausländern, haben wollen. Manche leben da so richtig auf. Also es ist eigentlich nett zu sehen.“
(Jung, Worpsswede)

Fazit: Es ist noch keine klare Konjunktur des bürgerschaftlichen Engagements in der Flüchtlingshilfe zu erkennen. Alle Befragten gaben an, dass sie für die ehrenamtliche Arbeit nicht werben müssen. Die Aussagen, die ein abschwellegendes Engagement erkennen lassen, geben als Grund den politischen Stimmungswechsel in der Öffentlichkeit an, jedoch ist dieser nicht mit einem Weggang von Ehrenamtlichen verbunden, sondern mit einem im Vergleich zum Herbst 2015 verminderten Zulauf. Andere gaben an, dass gerade Proteste oder negative Stimmungen im Stadtteil zu einer erhöhten Motivation zur Hilfe führen. Ein Großteil stellt jedoch eine Kontinuität freiwilligen Engagements fest.



Fazit: Die Motivation für das Engagement ist hoch. Dabei spielt neben der Absicht, mit dem eigenen Engagement Gesellschaft gestalten zu können und den Geflüchteten ein gutes Ankommen zu ermöglichen, auch die Aussicht auf sozialen Kontakt eine Rolle für das Engagement, nicht nur, aber stark bei Menschen im Rentenalter. Gleichwohl bleibt die Entscheidungsfreiheit für das Engagement ein zentraler Faktor des Ehrenamtes und notwendige Aufgaben der Daseinsvorsorge dürfen nicht an das Ehrenamt abgegeben werden.



Belastung der Freiwilligen in bestimmten Bereichen

Die Grundhaltung der Akteurinnen und Akteure, mit denen wir für diese Studie gesprochen haben, ist optimistisch gegenüber den künftigen Aufgaben. Bei Initiativen, die Integrationsleistungen anbieten, liegt der Umgang mit Überlastung am Reflexionsprozess der Einzelnen und ist ein Lernprozess.

„Also, zum Teil ist die Belastung schon sehr stark. Wenn ich z. B. an den Herrn Schmidt²¹ denke, der hier ganz aktiv ist im Bündnis. Er bietet Qualifizierungskurse an. Er ist in der Sprachgruppe aktiv.

Er ist in der Gruppe Arbeit und Ausbildung aktiv. Der Mann hat locker eine 40-Stunden-Woche. Ehrenamtlich. Und da ist er nicht der Einzige, da haben wir einige von. Diese Menschen sind, wenn Sie so wollen, das Rückgrat des Bündnisses und der ehrenamtlichen Arbeit.“

(Helms, Buchholz)

Diese Belastungserscheinungen können auch auf die relative Unerfahrenheit mit dem Bereich des Ehrenamts zurückgeführt werden. Freie Träger haben hingegen Routinen, mit der emotionalen Belastung der Ehrenamtlichen umzugehen:

„Es ist uns auch ein großes Anliegen, dass die Ehrenamtlichen nicht mehr tun, als sie tun wollen. Wenn wir Überlastungssituationen haben, dann eher vor dem Hintergrund, ob sich der oder die Ehrenamtliche gut abgrenzen kann. Die Person kann auch sagen: Ich habe gesagt, ich komme nur zweimal in der Woche, um dich zu unterstützen und dabei bleibt es auch. Überlastung kommt vor allem aus diesem Bereich, wo es um Abgrenzung, also Nähe und Distanz, geht, weil wir auch wirklich darauf achten, dass die Sozialarbeiter, die in diesem Feld tätig sind, eben ihre Arbeit machen können. Gerade für solche Kriseninterventionsgeschichten oder besondere Härtefallregelungen, wenn Leute abgeschoben werden usw., damit sind Ehrenamtliche bei uns nicht allein.“

(Geßner, Dreieich)

Die Koordinatoren und Dolmetscher der spontanen Bündnisse, aber auch der staatlichen Stellen, haben eine hohe zeitliche und emotionale Belastung (Dres-

21 Name redaktionell geändert.

den, Nürnberg, Reinickendorf, Stuttgart). Eine zu hohe Belastung der Ehrenamtlichen ist vor allem in Grenznähe auf die hohen Zahlen der Geflüchteten und die mangelnden staatlichen Strukturen zurückzuführen.

Fazit: Der Frage nach der Belastung wird klar mit der Überzeugung begegnet, dass von ehrenamtlicher Seite keine Überforderung besteht, sondern eine große Bereitschaft, die vorliegenden Aufgaben zu bewältigen. In selbst organisierten Initiativen ist der Umgang mit der Überlastung Einzelner ein Lernprozess. Sie können von den Routinen und Standards freier Träger lernen. Hoher Belastung sind insbesondere Ehrenamtliche in Grenznähe ausgesetzt, außerdem Sozialarbeiter in den Unterkünften mit hohen Betreuungsschlüsseln und hauptamtliche Koordinatoren in zentralen Positionen. Frustration unter Ehrenamtlichen macht sich angesichts langsam arbeitender Verwaltungsstrukturen breit. Emotionale Belastungen entstehen aber auch durch andere staatliche Eingriffe, so z. B. wenn Geflüchtete von Abschiebung bedroht sind.

und sehen es als ihre Aufgabe, die Stimmung ‚nicht kippen‘ zu lassen. In den meisten Fällen ist dieses Anliegen aufgrund der Heterogenität und der Bündnisse sowie der breiten Beteiligung vieler verschiedener Gruppen erfolgreich. „Die Indikatoren dafür, dass eine aktive und anerkannte Helferszene die beste Verhinderungsstrategie gegenüber nationalpopulistischen Extremisten darstellt, sind überdeutlich“ (Speth und Becker 2016: 40).

Ein Beispiel aus Berlin Reinickendorf:

„Die Bewegung gegen dieses eine Heim, um das es damals ging, die ist in sich zusammengebrochen. Da haben zwar Rassisten und Chauvinisten von der NPD versucht, die Angst der Anwohner zu instrumentalisieren, die sich um die Immobilienpreise ihrer Wohnungen und Häuser sorgten. Aber das ist in sich zusammengefallen und wir haben hier relativ wenige rechte Aktivitäten. Und wenn es so eine Aktivität gibt, über die wir Bescheid wissen (da gibt es auch so eine Melde-Website und wir haben auch Kontakt mit Organisationen, die uns dann die entsprechenden angemeldeten Demonstrationen von rechten Gruppen mitteilen), dann organisiere ich über den Gesamtverteiler in Blitzeseile eine Gegendemonstration, melde sie entsprechend an. Das ist letztes Jahr zweimal passiert. Es war bisher immer so, dass die Demos der Rechten mit etwa zehn bis zwanzig Leuten liefen, und wir waren jeweils hundert Gegendemonstranten letztes Jahr. Das ging alles sehr gut, lief alles sehr friedlich ab. Die Polizei kennt uns schon als friedliebende Demonstranten und sie kennt mich als Demo-Anmelder inzwischen auch“ (Behrendt, Reinickendorf).



Rechtsextreme Angriffe

In einigen der befragten Kommunen begreifen die selbst organisierten Bündnisse und Initiativen ihr Engagement für Geflüchtete auch als zivilgesellschaftlichen Beitrag gegen rechte Einflussnahme. Das aktive Zurückdrängen negativer Stimmungen gegen Flüchtlinge nennen einige Initiativen als Anlass für ihre Gründung. Andere Initiativen nehmen aktiv an Bündnissen gegen Proteste gegen Unterkünfte teil

In einigen Landkreisen ist die Bedrohung der Freiwilligen durch rechtsextreme Aktivitäten nach Aussage des Flüchtlingsrats Thüringen eine Gefahr für das Engagement. Die Betroffenen sind dabei zu meist auf sich gestellt und es fehlt an kommunalem Bekenntnis zum ehrenamtlichen Engagement im Bereich Asyl. In einem Fall gab es Bedrohungssituationen für die Koordinatorin der ehrenamtlichen Initiative. Dieser Bedrohung sind in den gefährdeten Regionen in erster Linie die Geflüchteten in hohem Maße ausgesetzt.

Eine gute Prävention gegen die Einflussnahme rechter Strukturen auf die Stimmung in der Region/dem Stadtteil ist eine gute Zusammenarbeit zwischen politisch Verantwortlichen, Verwaltung und zivilgesellschaftlichen Akteuren im Vorfeld der Eröffnung einer neuen Unterkunft. Wenn zu einer Informationsveranstaltung bereits erfolgreich etablierte Freundeskreise eingeladen werden und von ihrer Arbeit berichten, und gleichzeitig neue Freundeskreise gegründet werden, lässt sich die Stimmung erfahrungsgemäß positiv für die Unterstützung der Geflüchteten prägen.

Ein Beispiel aus Hannover-Oberricklingen:

„Und das Interessante war ja, dass ein Großteil von denen, die sich unterschriftsmäßig gegen das Flüchtlingsheim eingetragen haben, auch in der ersten Zeit, in den ersten anderthalb Jahren auch ganz aktiv in dem Nachbarschaftskreis mitgearbeitet haben. Das heißt, uns ist es gelungen, sozusagen die Befürworter und die Kritischen zusammenzubringen und zu einer konstruktiven Arbeit zu bewegen“ (Spitta, Hannover).

Wichtig für ein erfolgreiches Zurückdrängen negativer Stimmungen ist auch eine langfristige kommunale Integrationsarbeit in alle Richtungen. Dabei stellt es sich als erfolgreich heraus, den geäußerten Ängsten und Vorurteilen aktiv auch von städtischer Seite mit positiven Erfahrungen einer postmigrantischen Gesellschaft entgegenzutreten.

Das positive Beispiel Nürnberg zeigt dies:

„Und dann gibt es die üblichen lebhaften Diskussionen bei diesen Informationsveranstaltungen. Die Gesamtdiskussion findet in Nürnberg natürlich auch statt. Also das ist klar, dass das Thema aufgeladen in verschiedenen Formen ist. Ich denke, Nürnberg ist eine Stadt mit einer sehr langen und guten interkulturellen Arbeit. Wir haben ja einen für Großstädte auch sehr hohen Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund in der Stadt. Das kann sich ja unterschiedlich auswirken. Aber auch dadurch, denke ich, wie unser Oberbürgermeister sagt, ‚wir können Integration‘“ (Glaser, Nürnberg).

In einigen Fällen wurde berichtet, dass die Anfeindungen eher auf der persönlichen Ebene, sogar im direkten Umfeld, gegen Freiwillige stattfinden. Hier sind neben dem zivilgesellschaftlichen Engagement z. B. in den sozialen Medien vor allem kommunale Stellungnahmen und eine positive Haltung zur Arbeit der Freiwilligen zentral.

Auch bei Protesten, die nicht rechtsextrem motiviert sind, sondern eher aus einer NIMBY-Mentalität entstehen, hilft eine klare Haltung der politisch Verantwortlichen, wie das folgende Beispiel zeigt:

Beispiel Stuttgart:

„Unser ehemaliger Oberbürgermeister Rommel, der ja nun allseits bekannt ist, wohnte hier bei uns im Stadtbezirk, und der hat damals vor 23 Jahren gesagt: Auch auf der Sonnenseite von Stuttgart muss eine Flüchtlingsunterkunft gebaut werden. Es ist ein eher exklusives, gehobenes Wohnen. Und da wurde eine der damals größten Flüchtlingsunterkünfte gebaut. Und natürlich gab es Proteste. Aber er hat das durchgesetzt. Und das ist die Politik von Stuttgart immer schon gewesen die ganzen Jahre hindurch. Ich denke, das hat auch zu sehr viel Offenheit geführt, weil dadurch viele positive Erfahrungen gesammelt werden konnten, dass eine solche Nachbarschaft ja gar nicht so schlimm ist. Das war so und hat die Stimmung in unserer Stadt geprägt“ (Müller-Resing, Stuttgart).

Beispiel Sachsen-Anhalt:

In Sachsen-Anhalt arbeiten Initiativen eng mit dem Projekt „Gegenpart. Mobiles Beratungsteam gegen Rechtsextremismus in Sachsen-Anhalt“ (MBR) zusammen. Die MBRs gibt es inzwischen in mehreren Bundesländern. Sie bieten Beratung, Fortbildung und die Entwicklung situationsbezogener Handlungsstrategien gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus an und fördern die Stärkung einer demokratischen Kultur.²²

22 www.projektgegenpart.de/index.php

4.2 Herausforderungen an die Koordination des Engagements

Ehrenamt vs. Hauptamt – ein umstrittenes Thema

Die spontan gegründeten Bündnisse sehen sich nicht in Konkurrenz mit den hauptamtlichen Stellen, sondern als Ergänzung. Sie übernehmen ihre Aufgaben so lange, bis dies Hauptamtliche tun. Dabei sind beide Seiten aufeinander angewiesen und achten einander in der Regel, insbesondere dann, wenn die hauptamtliche Stelle sich auch in den Strukturen der Freiwilligen bewegt und engagiert. Einige ehrenamtlich engagierte Koordinatoren gaben an, dass die hauptamtlich für die Stadt tätigen Koordinatoren meist überfordert sind, da die Stellenanzahl nicht ausreicht (Passau, Ettlingen).

Die Frage, welche der Aufgaben der ehrenamtlich arbeitenden Initiativen durch hauptamtliche Stellen übernommen werden sollen, lässt sich nicht für alle Bereiche einfach beantworten. Deutlich wurde aus den Interviews, dass die Koordinationsarbeit äußerst zeitaufwändig und nebenberuflich kaum zu schaffen ist.

Große Skepsis wurde von mehreren Seiten bei ehrenamtlicher Asylberatung geäußert (Dresden, Münster, Stuttgart). Die Beratungsarbeit erfordere genaue rechtliche Kenntnis und müsse einen Gewährleistungsstandard haben, damit die Geflüchteten nicht falsch beraten würden. Für die Beratung sind in vielen Unterkünften jedoch Sozialarbeiter zuständig, die meist zu wenig Zeit für adäquate Betreuung haben. Selbst eine Stadt wie Stuttgart, die sich auf einen Betreuungsschlüssel von 1:68 festgelegt hatte, ist derzeit bei einem Schlüssel von 1:136 angelangt. Das bedeutet, dass ein Sozialarbeiter 136 Personen beraten muss. Hier liegt es nahe, dass auch Ehrenamtliche einspringen. Das kann auch zu Konflikten führen, insbesondere, wenn die Ehrenamtlichen höher qualifiziert sind als die Hauptamtlichen:

Beispiel Stuttgart:

„Zum Teil ist es auch so, dass Sozialarbeiter sehr jung sind. In letzter Zeit wurden sehr viele neue eingestellt, oftmals direkt nach ihrem Bachelor in sozialer Arbeit. Viele sind erst Anfang 20, mit wenig Berufs- und Lebenserfahrung. Sie stehen dann hier in Stuttgart z. B. einem Abteilungsleiter von Mercedes oder jemandem vom Bosch-Vorstand gegenüber, der sich ehrenamtlich in der Flüchtlingshilfe engagiert und ganz klare Vorstellungen davon hat, wie dieses Engagement aussehen soll. Er ist gewisse Strukturen für seine Arbeit gewohnt, setzt diese voraus und fordert sie auch ein. Da kommt es zu Konflikten“ (Interview mit Heidi Schäfer, Koordinatorin für die Qualifikation und Vernetzung bürgerschaftlich Engagierter in der Flüchtlingsarbeit der Stadt Stuttgart, Stuttgart, 29.2.2016).

In den Interviews wurde mehrfach festgestellt, dass es nicht darum gehen kann, dass Ehrenamtliche mehr Aufgaben bekommen. Vielmehr seien mehr hauptamtliche Stellen mit gerechter Entlohnung zu schaffen. Insbesondere in Bundesländern mit niedrigem Lohnniveau für Sozialberufe sei es schwer, genügend Hauptamtliche für die Versorgung der Geflüchteten zu finden (Steffan, Wismar).

Finanzielle Ausstattung fehlt langfristig

Doch nicht nur für die gerechte Entlohnung der hauptamtlichen Aufgaben fehlt den Kommunen in manchen Bundesländern die finanzielle Ausstattung. Für das Engagement werden auch kurzfristig und unbürokratisch erreichbare Mittel benötigt, um z. B. Auslagen der Ehrenamtlichen zu erstatten oder Sprachkurse für Geflüchtete zu finanzieren.

Viele Initiativen haben sich selbstständig um Finanzierung bemüht und Fundraising betrieben. Insbesondere durch private Spenden, Stiftungen und verschiedene Stellen des Bundes wurden kurzfristig Gelder für die Flüchtlingshilfe freigegeben, die auch bei den Initiativen angekommen sind. Es fehlt jedoch an langfristiger Planungssicherheit für die lokalen Initiativen.

Beispiele aus Flensburg und Dresden veranschaulichen dies:

„Wir haben jetzt seit dem 1. Februar, weil die Arbeit so viel wird, dass wir es nicht mehr schaffen, eine hauptberufliche Stelle gegründet, die über Sponsoren finanziert wird, die wir auch gefunden haben. Darüber wird auch gerade das Büro finanziert. Wir kämpfen darum, dass wir von der Stadt Flensburg auch eine finanzielle Unterstützung kriegen, es soll dort eine Kooperationspartnerschaft entstehen. Weil es eben viele Aufgaben gibt, die die Stadt einfach zeitlich nicht mehr leisten kann. Die Verhandlungen sind aber noch nicht abgeschlossen, laufen ein bisschen träge, aber das muss man sehen“ (Rademacher, Flensburg).

„Die Ausstattung der ehrenamtlichen Arbeit mit Finanzen ist ein großes Anliegen meinerseits. Viele Ehrenamtliche müssen ihr Material oder ihre Fahrtkosten aus eigener Tasche zahlen, das ist nicht gut. Die zur Verfügung gestellten Mittel von Stadt und Land reichen derzeit nicht aus, um den Bedarf im Bereich des ehrenamtlichen Engagements zu decken. Das Land Sachsen hat ja das Programm ‚Integrative Maßnahmen‘ aufgelegt. Sie hatten zwei Millionen eingestellt, Förderanträge sind über die Summe von 22 Millionen eingegangen. Dann haben sie nochmal zehn Millionen nachgereicht, das sind insgesamt zwölf Millionen. Trotzdem gehen Förderanträge im Umfang von zehn Millionen leer aus. Daran kann man sehen, wie hoch der Bedarf ist und wie groß die Spanne ist zwischen dem, was an Geld da ist und dem, was gebraucht wird“ (Interview mit Clemens Hirschwald, Koordinator Ehrenamt und Beschäftigung im Bereich Asyl der Stadt Dresden, Dresden, 11.2.2016).²³

Steigender Bedarf für Supervision – Überforderung verhindern

Die Freiwilligen haben einen hohen Bedarf an Supervision, sowohl um einen eigenen Umgang mit psychischer Belastung zu finden, als auch um mit den negativen Stimmungen im Umfeld gegenüber Geflüchteten umzugehen.

In den interviewten Kommunen wird auch Supervision häufig ehrenamtlich organisiert angeboten. Um einer Überforderung vorzubeugen und das En-

gagement nachhaltig zu fördern, bedarf es hier eines kontinuierlichen Angebots von kommunaler Seite.

Beispiel Münster:

Die hauptamtliche Koordinatorin der Organisation Gemeinnützige Gesellschaft zur Unterstützung Asylsuchender (GGUA) betreut etwa 100 Aktive. Zusätzlich bietet eine ehrenamtlich arbeitende Supervisorin regelmäßig Gruppentermine für Ehrenamtliche an. In der Stadt hat sich zudem ein Netzwerk von Supervisorinnen und Supervisoren gebildet, das im Bereich Ehrenamt für Geflüchtete Supervision ehrenamtlich anbietet.²⁴

Benötigte Qualifikationen – Angebote müssen passgenau sein

Die Freiwilligen haben in so kurzer Zeit so viele verantwortungsvolle Aufgaben übernommen, dass dabei nicht immer nach ihrer Qualifikation für diese Arbeit gefragt wurde. So geben z. B. zwar viele pensionierte Lehrerinnen und Lehrer Deutschunterricht, ohne jedoch eine Qualifikation für Deutsch als Fremdsprache zu besitzen.

Auch in dem zentralen Bereich der Begleitung zu Behörden, den freiwillig Engagierte ausfüllen, wird kontinuierlicher Qualifikationsbedarf angemeldet, insbesondere um über die sich ändernden Rechte von Flüchtlingen informiert zu bleiben.

Beispiel Berlin-Reinickendorf:

„Ich denke, dass eine der gegenwärtigen Herausforderungen die qualitative Schulung von Ehrenamtlichen ist, wenn es darum geht einzuschätzen, wie man Geflüchteten auf den Behörden helfen kann. Ich habe selber ein paar Erfahrungen gesammelt, indem ich eine Familie und eine Einzelperson auf die entsprechenden Behörden begleitet habe. Das fängt an beim Ausländeramt und endet irgendwann dann entweder beim Sozialamt oder beim Jobcenter. Beim Jobcenter dann, wenn gesicherter Aufenthalt gewährleistet ist. Ich gebe da natürlich meine persönlichen Erfahrungen gerne auch immer weiter, berichte auch immer darüber“ (Behrendt, Reinickendorf).

²³ Die Koordinationsstelle der Stadt Dresden informiert wie viele andere Kommunen die Initiativen über die Fördermöglichkeiten. www.dresden.de/de/leben/gesellschaft/migration/asyl/hilfe/ehrenamtliches-engagement-foerdern.php

²⁴ www.brodelsupervision.com

Obwohl auch freie Träger und kommunale Stellen diesen Qualifikationsbedarf kennen und versuchen, entsprechende Angebote zu organisieren, korrespondieren diese Angebote nicht immer mit den Bedingungen des Ehrenamts. Die Initiativen organisieren sich daher selbst bedarfsorientierte Qualifikationsangebote.

Beispiel Gera:

„Es gibt viele Angebote, bzw. Weiterbildungen, wobei diese oft zu Tageszeiten angeboten werden, wo Ehrenamtliche gar nicht teilnehmen können, weil sie berufstätig sind. Wir haben unsere Angebote so abgestimmt, dass auch Berufstätige aktiv bei uns mitarbeiten können, die Kleiderausgabe ist Montag, Mittwoch und Freitag von 17 bis 20 Uhr und auch die Beratung findet täglich von 17 bis 20 Uhr statt. So können dann auch viele Ehrenamtliche dies durchführen und deshalb können wir oft an diesen Weiterbildungsmaßnahmen, die vormittags stattfinden, gar nicht teilnehmen. Wir machen eigene Weiterbildungsmaßnahmen selbst. Dafür beantragen wir dann Mittel, um Dozenten bezahlen zu können, die wir z. B. über die Ehrenamtszentrale Thüringen finanziert bekommen, oder halt über andere Fördermitteltöpfe“ (Poser-Ben Kahla, Gera).

Empfehlung: Bedarf an Qualifikation besteht auf ehrenamtlicher Seite bei den Themen interkulturelles Training, Traumabegleitung, Asylrecht, Sozialrecht, Arbeitsrecht und Ausbildung, sowie im Bereich Deutsch als Fremdsprache (DAF). Die Qualifikationsangebote sollten sich an den Bedingungen des Ehrenamts orientieren und nicht parallel zu beruflichen Kernzeiten angeboten werden.

Öffentlichkeit und Anerkennung lässt nach – Sichtbarkeit bleibt wichtig

Seit Beginn des Jahres 2016 ist das Thema ‚bürgerchaftliches Engagement für Flüchtlinge‘ weitgehend aus den Medien verschwunden. In den Initiativen und unter den Hauptamtlichen entsteht ein zunehmend stärkeres Bewusstsein über die fehlende öffentliche Wahrnehmung ihrer Arbeit und Perspektive. Gleichwohl ist ihnen durch ihre Arbeit und die vorherige positive Berichterstattung der „Bedeutungsgewinn der Zivilgesellschaft“ (Speth, Becker 2016: 40) durchaus bewusst. Die in ihrem Umfeld herrschende positive Stimmung gegenüber Geflüchteten kommt jedoch praktisch in der medialen Öffentlichkeit nicht mehr vor und dementsprechend werden erste Konzepte für verstärkte Öffentlichkeitsarbeit angedacht. Dabei wurden in den Interviews folgende Themen und Motive für die Herausforderung Öffentlichkeitsarbeit genannt:

- Sichtbarmachung der freiwilligen Arbeit, die derzeit zu sehr im ‚Schatten‘ stünde,
- Zurückdrängung von Ängsten und Negativstimmungen gegenüber Geflüchteten,
- Hervorhebung des positiven Bildes der Stadt im Engagement für Geflüchtete, sowie
- öffentliche Thematisierung der Erfahrungen mit Behörden und deren Überlastung in der Bearbeitung von Asylanträgen

Auf kommunaler Ebene gibt es meist eine gewisse Anerkennung für das freiwillige Engagement, was dazu führt, dass die Freiwilligen als kompetente Partner mit der Verwaltung verhandeln können, da die Fülle ihrer unmittelbaren Erfahrungen mit den Problemen der Geflüchteten geschätzt wird. Auf den nächsthöheren Ebenen (Landkreis- und Bundesbehörden) wird es als schwieriger beschrieben, diese Augenhöhe zu halten. Die Anfragen der freiwilligen Unterstützer empfinden manche Verwaltungsbeamte als störend für die Verwaltungsabläufe.

Empfehlung: Wichtig für die Anerkennung der ehrenamtlichen Strukturen und ihrer Kompetenz sind politische Gesten, die eine Wertschätzung öffentlichkeitswirksam formulieren. Darüber hinaus muss die Wertschätzung der ehrenamtlichen Arbeit auch in die Verwaltung kommuniziert werden. In einigen Kommunen wurden daher von der Stadt öffentliche Veranstaltungen zum Dank an die Ehrenamtlichen durchgeführt (Stuttgart, Berlin).

Um auf der praktischen Ebene die Kooperation flüssiger zu machen, ist es sinnvoll, wenn in den entsprechenden Ämtern Ansprechpersonen für unterstützende Freiwillige benannt sind und auf der Seite der Initiativen ihre Aufgaben sowie die Grenzen dieser Aufgaben geklärt werden.

Kommunale Verwaltungsstrukturen – direkte Wege sind gefragt

Die Freiwilligen klagen oft über die langsamen und schwer zugänglichen Verwaltungsstrukturen. Aus der Erfahrung der eigenen kurzfristigen Einarbeitung in die Themen Flucht und Asyl, Arbeitssuche und Sozialhilfe, Wohnungssuche und Kinderbetreuung ist ihnen nicht verständlich, warum Verwaltungen unflexibel reagieren und aus Sicht der Initia-

tiven notwendige Hilfe blockieren. Die Initiativen haben sich durch kontinuierliche Arbeit inzwischen oft kurze Wege erarbeitet, sodass sie die jeweilige Ansprechperson in der Verwaltung erreichen können. Hilfreich ist es, wenn von Seiten der Verwaltung anerkannt wird, dass Geflüchtete und freiwillig Engagierte Kompetenzen mitbringen und nicht nur die Verwaltungsabläufe belasten.

Die Vermittlung zwischen den verschiedenen Akteuren gelingt meist, wenn es eine zentrale Koordinationsstelle gibt, die die Erfahrung der Ehrenamtlichen ernst nimmt.

Ein positives Beispiel aus Wismar:

„Wenn wir merken, es hakt irgendwo, wenn Ehrenamtliche dieses Minus oder diesen Defekt entdeckt haben und auf uns zukommen, greifen wir das auf und schauen, dass wir es ins Positive umwandeln. Wir schauen nicht drüber hinweg, sondern nehmen das auf. Wir schauen, dass wir die Situation gemeinsam gut meistern und es in Zukunft besser machen können. Natürlich, ohne Ehrenamtliche geht es nicht. Wir profitieren auch von ihren Erfahrungen und ihrem Wissen“ (Stefan, Wismar).



5

Empfehlungen für die Koordination der Flüchtlingshilfe

Geflüchtete Menschen werden überall in der Republik von Initiativen willkommen heißen, denen es ein Anliegen ist, ihre Ankunft in dieser Gesellschaft zu erleichtern. Die wesentliche Rolle des Engagements liegt in der Form des gesellschaftlichen Zusammenhalts, den es angesichts der versuchten Polarisierung von Rechts repräsentiert und schafft. Ohne die ehrenamtlich arbeitenden Initiativen hätten geflüchtete Menschen durch die Form der Unterbringung in Gemeinschafts- und Notunterkünften wenig Kontakt mit der Zivilgesellschaft. Die Kommunen stehen jetzt vor der Aufgabe, das Engagement durch geeignete Maßnahmen nachhaltig zu fördern.

Das Anliegen dieser Studie ist es, die Abläufe der Koordination ehrenamtlicher Flüchtlingsarbeit zu erfassen (Teil A) und die bereits vorhandenen Strukturen der Kooperation zwischen den ehrenamtlichen, hauptamtlichen und kommunalen Trägern der Flüchtlingsarbeit zu beschreiben. Zusätzlich bietet die Studie einen Einblick in die Vielfalt und Strukturen der Tätigkeitsbereiche bürgerschaftlichen Engagements (Teil B). Im Teil C haben wir die Herausforderungen skizziert, vor denen das Engagement für geflüchtete Menschen steht.

Als Resümee dieser Studie geben wir im Folgenden Handlungsempfehlungen, die auf der Grundlage der für diese Studie vorgenommenen Untersuchung nahe liegen und aus unserer Sicht entscheidend zur Nachhaltigkeit des Engagements beitragen können.

Koordination stärken

Koordinationsarbeit ist für die Initiativen existenziell. Ohne die Arbeit der Koordinatorinnen und Koordinatoren findet keine Vernetzung statt, kommen die spontanen Spendenangebote aus der Zivilgesellschaft nicht an ihr Ziel, werden Informationen der

freiwilligen Arbeit weder an Geflüchtete noch an interessierte neue Freiwillige weitergegeben und findet keine qualitative Betreuung des Engagements statt.

Wir haben in den Kommunen drei Typen der Koordination ehrenamtlichen Engagements festgestellt: die *zentrale Koordination*, die *Netzwerk-Koordination* und die *Initiativen-Koordination*. Die drei Typen sind auf verschiedenen Ebenen anzutreffen und sind ergänzend zu verstehen. Das bedeutet, dass eine Kommune, in der alle drei Typen vorhanden sind, eine besonders gute Zusammenarbeit auf den unterschiedlichen Ebenen des Engagements erreichen kann. Während die *Initiativen-Koordination* den engen Kontakt zu Engagierten und Geflüchteten hat, kann die *zentrale Koordination* Spendenangebote koordinieren und Qualifikation für Freiwillige organisieren. Damit die Arbeit rund um das Ankommen der Flüchtlinge gut funktioniert, ist eine *netzwerkartige Koordination* vonnöten, die alle Akteure in regelmäßigen Abständen zum Austausch zusammenbringt.

Die Koordinationsarbeit für die Initiativen-Koordination überschreitet den zeitlichen Umfang des typischen Ehrenamts. Durch einen Zeitaufwand von

bis zu 40 Stunden kann diese Aufgabe auf lange Sicht nicht ehrenamtlich durchgeführt werden. Um Kontinuität zu gewährleisten, sollten Finanzierungsmöglichkeiten für diese zeitaufwändigen Arbeiten gefunden werden.

Auch die zentralen Koordinationsstellen sind vom Stellenanteil her oft nicht für die umfassende, zeitaufwändige Arbeit der Vernetzung und Koordination ausgelegt. Für eine nachhaltige Zusammenarbeit von Kommunen und freiwilligen Initiativen ist es sinnvoll, eine ausreichende Stellenanzahl zu schaffen und die Koordinatorinnen und Koordinatoren tarifgerecht zu bezahlen.

Gemeinsame Regeln für Kooperation festlegen

Die Kooperation zwischen freiwillig Engagierten und Verwaltung auf kommunaler und landesweiter Ebene ist sowohl eine Herausforderung als auch eine Chance für die Beteiligten. Die Herausforderung besteht in den unterschiedlichen Geschwindigkeiten und Kompetenzen, mit denen die jeweilige Seite arbeitet. Die Chance liegt darin, dass beide Seiten die vorhandenen Kompetenzen anerkennen und so zu einer fruchtbaren Zusammenarbeit kommen.

Viel Wissen und Können wird derzeit ehrenamtlich eingebracht und sollte nicht an einer damit überforderten Verwaltung scheitern. Die Initiativen brauchen Ansprechpartner in den Verwaltungen, um Probleme im Verfahren der Geflüchteten direkt besprechen zu können. Da in den Verwaltungen wenig Sprachkompetenz vorhanden ist, müssen oft ehrenamtliche Dolmetscher einspringen. Das ist kein akzeptabler Dauerzustand; daher braucht es mehrsprachige Verwaltungsmitarbeiter.

Die Verwaltungen müssen mittelfristig darüber hinaus ihre Handlungsspielräume in den Verfahren klar benennen und auf den Netzwerktreffen kommunizieren, sodass bspw. für die Eingliederung der Geflüchteten in den Arbeits- und Wohnungsmarkt auch das Engagement der Initiativen genutzt werden kann.

Die Netzwerktreffen (Runde Tische) sollten kontinuierlich stattfinden, um einen Raum für gemeinsame Lösungen zu schaffen.

Auch die Initiativen sollten die Rollen und Grenzen ihres Engagements klar definieren, um den hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu verdeutlichen, wo das Ehrenamt aufhört und für welche Aufgaben andere Lösungen gesucht werden müssen.

Partizipation ermöglichen

Die Netzwerk-Koordination braucht eine verbindliche Form des Einbeziehens der Interessen von Ehrenamtlichen und Geflüchteten. Ohne die Arbeit der Initiativen fehlt den meisten Akteuren in der Flüchtlingshilfe der Einblick in die aktuellen Fragen und Probleme der Geflüchteten. Diesem Wissen wird zunehmend vertraut, es sollten jedoch auch strukturelle Formen der Mitbestimmung für die Initiativen an den Runden Tischen gefunden werden.

Unterstützung anbieten

Jede Kommune braucht eine Übersicht von Angebot und Nachfrage für die Tätigkeiten und Spenden in der Arbeit mit Geflüchteten. Diese Übersicht sollte durch eine zentrale Stelle geschaffen werden, die eng mit den aktiven Initiativen zusammenarbeitet.

Zur immateriellen Unterstützung der Initiativen gehört auch, ausreichend Supervisions- und Qualifikationsangebote zu schaffen, die den Bedingungen des ehrenamtlichen Engagements entsprechen (z. B. Engagement neben dem Beruf).

Darüber hinaus dient der langfristigen Unterstützung einer aktiven Bürgerschaft auch eine bedarfsgerechte materielle Unterstützung (Räume, Projektgelder, Stellen).

Geflüchtete als Akteure

Die meisten²⁵ Asylsuchenden werden in unserer Gesellschaft bleiben und sich ein neues Leben aufbauen. Wenn sie von Anfang an nicht nur als Empfänger von Hilfsleistungen behandelt werden, sondern Teilhabe und demokratische Interessensvertretung ermöglicht wird, ist das ein Grundstein für die Festigung des zukünftigen gesellschaftlichen Zusammenhalts.

²⁵ Die Gesamt-Anerkennungsquote aller Herkunftsländer lag im Mai 2016 bei 61,5 % (Asylgeschäftsstatistik des BAMF 5/2016). Abhängig von der Situation in Syrien und anderen Regionen besteht eine große Chance, dass die Menschen mit anerkanntem Flüchtlingsstatus ihr Leben in Deutschland weiterführen. Die aktuelle IAB-SOEP-Migrationsstichprobe belegt, dass drei Viertel der seit 1995 Eingewanderten eine eindeutige Bleibeabsicht haben (Brücker et al. 2014: 1133).

Maßnahmen, die eine Selbstorganisation unterstützen (Versammlungsräume, Versammlungen, Wahlen von Repräsentanten) sind daher sehr zu unterstützen. Vertreter der Geflüchteten sollten in die Koordinationsstrukturen eingebunden werden. Schon jetzt sind einige Geflüchtete als Bundesfreiwillige oder als Dolmetscher in Engagementstrukturen integriert. Doch auch darüber hinaus haben Menschen mit eigener Fluchtgeschichte ein präzises Verständnis der Situation und damit den besten Überblick und Zugang. Sie können so die Bedarfe der Menschen in den Unterkünften sehr gut ermitteln.

Politische Dimension des Engagements anerkennen

Die Arbeit der engagierten Freiwilligen in den Kommunen verstärkt unverkennbar eine positive Stimmung für Flucht und Migration. Diese Dimension des Engagements hat politische Wirkung gegen rechte Stimmungsmache. Damit nehmen die Initiativen und ihr Engagement eine zentrale Rolle für den gesellschaftlichen Zusammenhalt ein, der durch ihre Arbeit gestärkt wird. Diese Wirkung muss intensiver unterstützt und öffentlich anerkannt werden. Durch eine klare positive Haltung der Kommune zu Migration, Flucht und Geflüchteten sowie durch öffentliche Anerkennung des Engagements kann diese kontinuierliche Arbeit für sozialen Zusammenhalt gefördert werden.

Interviewpartner

Bauer, Ines. Stellvertretende Vorsitzende „Freundeskreis für Flüchtlinge e. V. Gera“, Gera, 1.2.2016.

Behrendt, Hansjörg. Koordinator des Netzwerks „WiR – Willkommen in Reinickendorf“, Berlin, 1.2.2016.

Bindheim, Jörg. „Koordinator für Flüchtlingsfragen“ der Stadt Potsdam, Potsdam, 10.2.2016.

Falk, Nathanael. Ansprechpartner zur „Willkommensinitiative Erfurt“ im „Flüchtlingsrat Thüringen e. V.“, Erfurt, 20.1.2016.

Geßner, Martina. Bereichsleiterin Flüchtlingshilfe „Diakonisches Werk Offenbach-Dreieich-Rodgau“, Dreieich, 17.2.2016.

Glaser, Uli. Referat für Jugend, Familie und Soziales, Stabsstelle „Bürgerschaftliches Engagement und ‚Corporate Citizenship‘“ der Stadt Nürnberg, Nürnberg, 15.2.2016.

Gust, Birgit. „Flüchtlingskoordinatorin“ von Berlin-Pankow, Berlin, 12.2.2016.

Helms, Heinrich. Leiter des „Bündnis für Flüchtlinge Buchholz“ und Pressesprecher der Stadt Buchholz, Buchholz, 9.2.2016.

Hirschwald, Clemens. „Koordinator Ehrenamt und Beschäftigung im Bereich Asyl“ der Stadt Dresden, Dresden, 11.2.2016.

Jung, Ute. Mitinitiatorin und Sprecherin der „Flüchtlingsinitiative Worpswede“, Worpswede, 12.2.2016.

Jutz, Patrick. Mitglied des Leitungsteams und Sprecher des „Arbeitskreis Asyl Ettlingen“, Ettlingen, 26.2.2016.

Müller, Katrin. Mitarbeiterin „Flüchtlingsrat Berlin e. V.“, Berlin, 19.1.2016.

Müller-Ressing, Ariane. Sprecherin des „Arbeitskreis Flüchtlinge Heumaden-Sillenbuch“, Stuttgart, 9.2.2016.

Poser-Ben Kahla, Claudia. Vorstandsmitglied „Akzeptanz! e. V. Gera“, Gera, 3.2.2016.

Rademacher, Reiner. Erster Vorsitzender „Flüchtlingshilfe Flensburg e. V.“, Flensburg, 9.2.2016.

Schäfer, Heidi. Koordinatorin für die Qualifikation und Vernetzung bürgerschaftlich Engagierter in der Flüchtlingsarbeit der Stadt Stuttgart, Stuttgart, 29.2.2016.

Schmidt, Tobias. Ehrenamtskoordinator der Stadt Passau und aktiv bei der Initiative „Passau verbindet“, Passau, 12.2.2016.

Schütze, Georg. Projektmitarbeiter „Aktiv gegen Rechts – Initiativen vor Ort stärken“ im „Flüchtlingsrat Sachsen-Anhalt e. V.“, Magdeburg, 21.1.2016.

Spitta, Gerhard. Vorstandsmitglied „Unterstützerkreis Flüchtlingsunterkünfte Hannover e. V.“, Hannover, 12.2.2016.

Stadtfeld, Julia. „Koordinatorin für Flüchtlingsangelegenheiten“ im Büro des Integrationsbeauftragten von Berlin-Reinickendorf, Berlin, 29.2.2016.

Steffan, Petra. Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Wismar, Wismar, 8.2.2016.

Steinhaus, Hamida. Freiwilligenkoordinatorin „Gemeinnützige Initiative zur Unterstützung Asylsuchender e. V.“, Münster, 19.2.2016.

Thomas, Roger. Pastor Wismar St. Nikolai und Initiator „Netzwerk Willkommenskultur!“, Wismar, 22.2.2016.

Weickert-Thümmel, Daniela. Vorstandsmitglied bei „Refugees Welcome Flensburg“, Flensburg, 8.2.2016.

Will, Dorothea. Mitinitiatorin von „Passau verbindet“, Passau, 24.2.2016.

Literatur

- Ahrens, Petra-Angela. *Skepsis oder Zuversicht? Erwartungen der Bevölkerung zur Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland*. Sozialwissenschaftliches Institut der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). Hannover 2015. www.ekd.de/download/20151221_si-studie-fluechtlinge.pdf (Download 30.5.2016).
- Amt für Statistik Berlin Brandenburg (Hrsg.). *Statistischer Bericht A I 5 - hj 2 / 14. Einwohnerinnen und Einwohner im Land Berlin am 31. Dezember 2014*. Potsdam 2015. www.statistik-berlin-brandenburg.de/publikationen/stat_berichte/2015/SB_A01-05-00_2014h02_BE.pdf (Download 30.5.2016).
- Aumüller, Jutta, Priska Daphi und Celine Biesenkamp. *Die Aufnahme von Flüchtlingen in den Bundesländern und Kommunen. Behördliche Praxis und zivilgesellschaftliches Engagement*. Hrsg. Robert Bosch Stiftung. Stuttgart 2015.
- Behr, Karin, Reinhard Liebig und Thomas Rauschenbach. *Das Ehrenamt in empirischen Studien – ein sekundäranalytischer Vergleich*. Stuttgart 1999.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.). *Wer gehört dazu? Zugehörigkeit als Voraussetzung für Integration*. Gütersloh 2011.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.). *Deutschland, öffne dich! Willkommenskultur und Vielfalt in der Mitte der Gesellschaft verankern*. Gütersloh 2012.
- Bliemetsrieder, Rita. „Ehrenamtliches Engagement von MigrantInnen als Möglichkeitsraum für Anerkennung und Zugehörigkeit“. Perspektiven der AkteurInnen in der Sozialen Arbeit. Hrsg. Arno Heimgartner, Karin Laueremann und Stephan Sting. Berlin 2013. 109–22.
- Bortz, Jürgen, und Nicola Döring. *Forschungsmethoden und Evaluation für Human und Sozialwissenschaftler*. Heidelberg 2006.
- Brücker, Herbert, Ingrid Tucci, Simone Bartsch, Martin Kroh, Parvati Trübswetter und Jürgen Schupp 2014. „Neue Muster der Migration“. DIW Wochenbericht.
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). „Integrationskurse erfolgreich gestartet – schon insgesamt fast 41.000 Berechtigungen ausgegeben“. Pressemitteilung Nr. 002/2005. 3.3.2005.
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) 2015. „Integrationskurse für Asylbewerber“. 27.11.2015. www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Integrationskurse/faq-integrationskurse-asylbewerber.pdf?__blob=publicationFile (Download 30.5.2016).
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) 2016. Asylgeschäftsstatistik für den Monat Mai 2016. http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Statistik/Asyl/201605-statistik-anlage-asyl-geschaeftsbericht.pdf?__blob=publicationFile (Download 28.6.2016).
- Bundesregierung. „Gesetzespaket in Kraft getreten. Effektive Verfahren. Frühe Integration“. 26.10.2015. www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2015/10/2015-10-15-asyl-fluechtlingspolitik.html (Download 30.5.2016).
- Daphi, Priska. „Zivilgesellschaftliches Engagement für Flüchtlinge und lokale ‚Willkommenskultur‘“. *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)* 14-15/2016. 35–39.
- Foroutan, Naika. „Konviviale Integration in postmigrantischen Gesellschaften“. *Konvivialismus. Eine Debatte*. Hrsg. Frank Adloff. Transkript. Bielefeld 2015.
- Gensicke, Thomas, und Sabine Geiss. *Hauptbericht des Freiwilligen-surveys 2009: Ergebnisse der repräsentativen Trenderhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und Bürgerschaftlichem Engagement*. Hrsg. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. München 2010.
- Han-Broich, Misun. *Ehrenamt und Integration. Die Bedeutung sozialen Engagements in der (Flüchtlings-)Sozialarbeit*. Wiesbaden 2012.
- Heckmann, Friedrich. „Interpretationsregeln zur Auswertung qualitativer Interviews und sozialwissenschaftlich relevanter

- Texte: Anwendungen der Hermeneutik für die empirische Sozialforschung“. *Analyse verbaler Daten – über den Umgang mit qualitativen Daten*. Hrsg. Jürgen H.P. Hoffmeyer-Zlotnik, Jürgen. H. P. Opladen 1992. 142–167.
- Heckmann, Friedrich. „Willkommenskultur was ist das, und wie kann sie entstehen und entwickelt werden?“ *EFSM Paper 7* 2012.
- Hess, Sabine, Jana Binder und Johannes Moser. *No integration?! Kulturwissenschaftliche Beiträge zur Integrationsdebatte in Europa*. Bielefeld 2009.
- Johansson, Susanne. *Was wir über Flüchtlinge (nicht) wissen. Der wissenschaftliche Erkenntnisstand zur Lebenssituation von Flüchtlingen in Deutschland. Eine Expertise im Auftrag der Robert Bosch Stiftung und des SVR-Forschungsbereichs*. Berlin 2016. www.bosch-stiftung.de/content/language1/downloads/RBS_SVR_Expertise_Lebenssituation_Fluechtlinge.pdf (Download 30.5.2016).
- Karakayali, Serhat, und Olaf Kleist. *Strukturen und Motive der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit in Deutschland. 1. Forschungsbericht: Ergebnisse einer explorativen Umfrage vom November/Dezember 2014*. Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung und Humboldt-Universität zu Berlin 2015.
- Knüvener, Anne, und Tobias Kemnitzer. „Im Spiegel der Freiwilligenagenturen: Das Engagement für und mit Flüchtlinge(n). Herausforderungen und Gestaltungsmöglichkeiten“. *bagfa-Analyse*. Berlin 2016. www.bagfa.de/fileadmin/Materialien/Gefluechtete/2016_bagfa-analyse_Fluechtlingshilfe.pdf (Download 30.5.2016).
- Krimmer, Holger, und Jana Priemer. *ZIVIZ-Survey 2012: Zivilgesellschaft verstehen*. Berlin 2013.
- Mutz, Gerd et al. *Engagement für Flüchtlinge in München. Ergebnisse eines Forschungsprojekts an der Hochschule München in Kooperation mit dem Münchner Forschungsinstitut miss*. München 2015.
- Schönwälder, Karen, Janina Söhn und Ines Michalowski. *Sprach- und Integrationskurse für MigrantInnen: Erkenntnisse über ihre Wirkungen aus den Niederlanden, Schweden und Deutschland*. Hrsg. Arbeitsstelle Interkulturelle Konflikte und Gesellschaftliche Integration (AKI), Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB). Berlin 2005.
- Senat von Berlin. „Versorgungs- und Integrationskonzept für Asylbegehrende und Flüchtlinge“. Berlin 2015. http://sfbb.berlin-brandenburg.de/sixcms/media.php/bb2.a.5723.de/Versorgungs-_und_Integrationskonzept_fur_Fluechtlinge.pdf (Download 30.5.2016).
- Simonson, Julia, Claudia Vogel und Clemens Tesch-Römer (Hrsg.). *Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligen-survey 2014*. Berlin 2016.
- Spengler, Norman, und Jana Priemer. *Daten zur Zivilgesellschaft. Eine Bestandsaufnahme*. Essen 2011.
- Speth, Rudolf, und Elke Becker. „Zivilgesellschaftliche Akteure und die Betreuung geflüchteter Menschen in deutschen Kommunen“. *Opusculum 92*. Maecenata Institut. Berlin 2016.
- Statistisches Amt Landeshauptstadt Stuttgart. *Datenkompass Stadtbezirke Stuttgart 2014/2015. Stadtbezirk Sillenbuch*. Stuttgart 2015. http://service.stuttgart.de/lhs-services/kommunis/documents/6449_1_17_Sillenbuch__Stadtbezirksprofil.PDF (Download 30.5.2016).
- Statistisches Bundesamt (Destatis) (Hrsg.). *Bevölkerung nach Migrationsstatus regional – Ergebnisse des Mikrozensus 2011*. Wiesbaden 2013. www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/MigrationIntegration/Bevoelkerung-Migrationsstatus5125203117004.pdf?__blob=publicationFile (Download 30.5.2016).
- Statistisches Bundesamt (Destatis) (Hrsg.). *Alle politisch selbstständigen Gemeinden mit ausgewählten Merkmalen am 31.12.2014*. Wiesbaden 17.12.2015. www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/LaenderRegionen/Regionales/Gemeindeverzeichnis/Administrativ/Archiv/GVAuszugJ/31122014_Auszug_GV.html;jsessionid=B572969D-FB338A1E24AD6AD6085547BC.cae4 (Download 30.5.2016).
- Statistisches Bundesamt (Destatis) und Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) (Hrsg.). *Datenreport 2016. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland*. Berlin 2016.
- Treibel, Annette. *Integriert Euch! Plädoyer für ein selbstbewusstes Einwanderungsland*, Frankfurt 2015.
- Szukitsch, Yvonne, und Andreas Merx. *Inklusiv, offen und gerecht? Deutschlands langer Weg zu einer Willkommenskultur*. Hrsg. IQ - Fachstelle Diversity Management und Verband für interkulturelle Arbeit e. V. München 2014. www.netzwerk-iq.de/fileadmin/Redaktion/Downloads/IQ_Publikationen/Thema_Vielfalt_gestalten/willkommenskultur_broschuere_2014.pdf (Download 30.5.2016).
- United Nations (Hrsg.). *Handbook on Non-Profit Institutions in the System of National Accounts*, New York 2003.

Wendel, Kay. *Unterbringung von Flüchtlingen in Deutschland. Regelungen und Praxis der Bundesländer im Vergleich*. Frankfurt am Main 2014.

Yap, Su Yin, Angela Byrne und Sarah Davidson. „From Refugee to Good Citizen: A Discourse Analysis of Volunteering“. *Journal of Refugee Studies* (24) 1. 157–170.

Die Zeit (5.5.2016): „Integrationsgesetz: ‚Dieses Gesetz spaltet““. www.zeit.de/politik/deutschland/2016-05/integrationsgesetz-offener-brief-kuenstler-protest (Download 30.5.2016).

Impressum

1. Auflage 2016

Herausgeber

Bertelsmann Stiftung

Verantwortlich

Alexander Koop

Bertelsmann Stiftung

Die 1977 von Reinhard Mohn gegründete Bertelsmann Stiftung setzt sich für das Gemeinwohl ein. Sie engagiert sich in den Bereichen Förderung der Zivilgesellschaft, Bildung, Wirtschaft, Soziales, Gesundheit sowie internationale Verständigung. Durch ihr gesellschaftliches Engagement will sie alle Bürger ermutigen, sich ebenfalls für das Gemeinwohl einzusetzen.

Aktivitäten zu Flucht, Asyl und Integration

Die Bertelsmann Stiftung möchte dazu beitragen, den Diskurs über Flüchtlinge und Migration zu versachlichen und dauerhafte Lösungen zu entwickeln. Auf Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse und empirischer Beobachtungen sensibilisieren wir für Verbesserungsbedarfe und entwickeln langfristig wirksame Handlungskonzepte sowie skalierbare Lösungen. Weitere Informationen hierzu finden Sie unter: www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/dossier-fluechtlinge-in-deutschland/

Projekt „Synergien vor Ort“

Das Projekt „Synergien vor Ort“ setzt sich mit neuen Formen der Zusammenarbeit zwischen Verwaltung, Zivilgesellschaft und Betroffenen in den Bereichen Jugend, Senioren und Geflüchteten auseinander. Wirkungsvolle Ansätze der Koproduktion und Kooperation sollen erarbeitet und verbreitet werden.

Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM)

Das BIM ist eine Forschungseinrichtung der Humboldt-Universität Berlin. Es wurde im April 2014 von der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung, dem Deutschen Fußball-Bund, der Bundesagentur für Arbeit, der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration und der Humboldt-Universität Berlin gegründet.

Kontaktadresse

Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM)
Humboldt-Universität zu Berlin
Unter den Linden 6
10099 Berlin
ulrike.hamann@sowi.hu-berlin.de

Mitarbeit

Susanne Bendicks
Elisabeth Pfaff

Lektorat

Sibylle Reiter

Gestaltung

werkzwei, Detmold

Bildnachweise

Titel: Thilo Schmülgen / picture alliance / dpa
Valeska Achenbach, S. 6, S. 45
Uwe Anspach / picture alliance / dpa, S. 11
Bertelsmann Stiftung, S. 19
Christian Charisius / picture alliance / dpa, S. 9
Katrin Christiansen, S. 7
Fredrik von Erichsen / picture alliance / dpa, S. 53
Frank Gaertner / Shutterstock, S. 32
Getty Images/iStockphoto/Leontura, S. 18
Getty Images/iStockphoto/mihailomilovanovic, S. 18
Bernd Jonkmanns, S. 27, S. 43
Enno Kapitza, S. 46
Thomas Kunsch, S. 36
Florian Peljak / picture alliance / dpa, S. 12
paul prescott / Shutterstock, S. 47
Catherine Simon / picture alliance / dpa, S. 28, S. 39
FootToo / Shutterstock, S. 48
Jan Voth, S. 7

Bilder aus den Projekten

Köpenick, S. 20, S. 21, S. 22, S. 24, S. 25, S. 30
Münster, GGUA, Miriam Leitner S. 29
Flensburg, s. 26

Druck

druck.haus rihn gmbh, Blomberg

Adresse | Kontakt

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon +49 5241 81-0

Alexander Koop
Senior Project Manager
Telefon +49 5241 81-81377
Fax +49 5241 81-681377
alexander.koop@bertelsmann-stiftung.de

www.bertelsmann-stiftung.de